

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelter Strasse 52, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gepaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 7.

Sonnabend, den 18. Februar 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Internationale Hygiene-Ausstellung und die Gewerkschaften. — Zur Tarifverneuerung im Fichtelgebirge. — Zum Essener Meineidsprozeß. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Pfastersteingekrummel. VII. — Berliner Bautenrummel. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Was Plinius über die Steine und Steinverwendung sagte. III.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Sulzfeld (Bad.): Firma Jakob Kern. — Demitz-Thumitz: Die Firmen Döde & Forke und Eisold. — Waldau: Zementfabrik Hemminge. — Dresden: Granitwerk Reil & Komp. — Eschershausen: Blag Rüsthardt. — Holzen: Hils' Dolomit- und Kalkwerk. — Kottenheim (Rheinland): Firma Kornelius Fidel. — Ettringen b. Mayen (Rheinland): Firma Gebr. Ott. — Granitbezirk an der Bergstraße (Odenwald). — Laufamholz (Bruchbetrieb): Firma Lachner.

Reichenbach im Odenwald. Die Firma Deutsche Steinindustrie verlangte von den Kollegen eine schriftliche Erklärung dahingehend, daß die Hilfsarbeiter während dem Bestehen des Steinmeh- und Schleifertarifes keine Lohnforderungen und auch keine Massenkündigung vornehmen. Diese Forderung der Firma wurde natürlich abgelehnt. Der Streit unserer Kollegen wird seit sechs Wochen mit größter Einmütigkeit geführt.

Bedewitz bei Cunewalde. Die Kollegen der Firma S. Waken haben am 1. Februar den Tarif gekündigt. Die Annahme des neuen Tarifes wurde vom Firmeninhaber verweigert.

Netten. Bei der Firma Gebr. Steininger sind Differenzen ausgebrochen. Es wird dort weit unter Tarif bezahlt. Die Angelegenheit ist dem Schiedsgerichte unterbreitet. Der Betrieb ist deshalb zu meiden.

Erfurt. Die eingereichten Forderungen auf den gekündigten Tarif, der mit dem 1. März sein Ende erreicht, werden von den Unternehmern C. Walther und C. A. Merkels Nachfg. strikte abgelehnt. Die reisenden Kollegen wollen dieses beachten.

Leipzig. Die Granitarbeiter stehen in Lohnbewegung. Die in Frage kommenden Unternehmer haben sich bisher nicht geäußert. Kollegen, die auf Arbeit am Ort reflektieren, haben sich vorher beim Vertrauensmann zu melden.

In Wendenhammer (Granit- und Spenitwert Züner u. Reichel) kam am 27. Januar 1911 nach zweimaligen Verhandlungen ein Tarifvertrag bis 31. März 1914 zum Abschluß. Wesentliche Verbesserungen der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen war der Erfolg.

Gesperret sind: Böhmen: Karlsbad. — Steiermark: Die Firma Schrödl wegen Tarifbruch. — Desterreichisch-Schlesien: Von der Genossenschaft der Steinindustriellen, welcher die Betriebe in den Orten Friedberg, Klein-Krotze, Rotwasser, Sehdorf und Schwarzwasser angehören, wurde der Lohn tarif gekündigt; es kommen 1293 Arbeiter in Betracht. — Kroatien: In Ngram allgemeiner Streik. — Schweiz: Surava, Basel, Zürich.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung und die Gewerkschaften.

Von Mai bis Oktober d. J. findet in Dresden eine Internationale Hygiene-Ausstellung statt, die u. a. den Zweck haben soll, hygienische Belehrung zu verbreiten und dem Besucher vorzuführen, welche Gefahren den Körper bedrohen, inwieweit er dazu beitragen kann, diese Gefahren abzuwenden und wie es möglich ist, den eigenen Gesundheits- und Kräftezustand zu erhalten und zu erhöhen. Die Ausstellung soll fünf große Abteilungen umfassen: die wissenschaftliche, die historische, die populäre, die Sportabteilung und in alle Abteilungen eingreifend die Industrie. Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ging bereits im Frühjahr v. J. von dem Direktorium der Ausstellung eine Einladung zur Beschickung der wissenschaftlichen Abteilung zu. Dieser ersten Einladung folgte eine zweite, unterzeichnet von dem wissenschaftlichen Generalsekretär der Ausstellung, durch welche die Generalkommission im Auftrage des Vorsitzenden der Gruppe V 3 der wissenschaftlichen Abteilung „Spezielle Berufsstatistik und Berufshygiene“, Herrn Geh. Regierungsrat Dr. W. B. B. Berlin, noch besonders ersucht wurde, sich an der Internationalen Hygieneausstellung durch Ueberlassung von Ausstellungsgegenständen zu beteiligen. Besondere Wert würde wie es in dem Einladungsschreiben heißt — u. a. auf Vorführungen aus dem Gebiete der Steinindustrie gelegt werden.

Die Generalkommission legte die Frage, ob eine Beteiligung der Gewerkschaften an der Internationalen Hygieneausstellung erfolgen sollte, den Vorständen der gewerkschaftlichen Zentralverbände zur Entscheidung vor, die nach eingehenden Beratungen der Beteiligung zustimmten, obgleich von vornherein nicht zu verkennen war, daß dadurch den Gewerkschaften eine große Arbeit und nicht unerhebliche Kosten entstehen würden. Man entschloß sich aber, um die Ausstellung zu einer möglichst vollkommenen zu gestalten, um so eher dazu, als die Leitung der wissenschaftlichen Abteilung großen Wert auf die Beteiligung der Gewerkschaften an der Gruppe 5 „Beruf und Arbeit“ legte. In dieser Gruppe soll, wie es in einem Schreiben der Ausstellungsleitung heißt, „an einem möglichst reichen Anschauungsmaterial gezeigt werden: 1. Welche gesundheitlichen Schädigungen die Arbeiter in den verschiedenen Betrieben ausgesetzt sind. 2. Welche hygienischen Einrichtungen getroffen werden können, um diesen Schädlichkeiten zu begegnen. Um Interesse und Verständnis für gewerkschaftliche Fragen anzubahnen, sollen auch Gegenstände zur Vorführung gebracht werden, welche die verschiedenen Techniken und das Milieu, in dem gearbeitet wird, veranschaulichen, wie z. B. Photographien, Modelle und sonstige Darstellungen von Fabrikräumen, Werkstätten, Arbeitsplätzen, Apparaten und Maschinen, Arbeiter in ihrer Beschäftigung usw.“

Mit Rücksicht darauf, daß nach der im Auftrag des Herrn Geh. Regierungsrat Dr. W. B. B. übermittelten Einladung besonderes Gewicht auf Vorführungen auf dem Gebiete der Heimindustrie gelegt wurde, kamen die Vorstandsmitglieder zu dem Entschluß, eine besondere Heimarbeitersammlung innerhalb der Internationalen Hygieneausstellung zu veranstalten. Diese Absicht wurde in der ersten Hälfte des Oktober v. J. dem wissenschaftlichen Generalsekretär der Ausstellung bei einer Rückfrage in Berlin zur Kenntnis gebracht. Mit Schreiben vom 15. Oktober teilte dieser der Generalkommission mit, daß eine solche Heimarbeitersammlung als Sonderausstellung der Generalkommission aufgeföhrt werden müßte und daß dementsprechend die Generalkommission die gesamten Kosten für diese Ausstellung selbst übernehmen und plamieren müßte, genau so, wie dies z. B. auch von den Sonderausstellungen des Zentralverbandes vom Roten Kreuz, des Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose und verschiedenen andern ausgesprochenen Wohlfahrtsvereinen verlangt wurde. Eine Ausnahme könne auch bei der Generalkommission nicht gemacht werden. Die Generalkommission erklärte sich bereit, Plamiete zu zahlen und eventuell auch einen eigenen Pavillon für die Heimarbeitersammlung auf ihre Kosten zu errichten.

Am 14. November fanden zwischen dem Direktorium der Ausstellung und Vertretern der Generalkommission in Dresden weitere Verhandlungen statt. Das Direktorium, besonders dessen Vorsitzender, Kommerzienrat Lingner-Dresden, zeigte bei diesen Verhandlungen das größte Entgegenkommen und erklärte sich bereit, die Sonder-Heimarbeitersammlung der Gewerkschaften, wenn irgend angänglich, in der Nähe des großen Pavillons „Beruf und Arbeit“ unterzubringen. Für den Fall, daß der zu errichtende Pavillon in diesem Teil der Ausstellung nicht mehr sollte untergebracht werden können, sollte für die gewerkschaftliche Sonderausstellung auf der andern Seite des Ausstellungsterrains ein geeigneter Platz zur Verfügung gestellt werden. Das Direktorium erklärte sich auch bereit, gegen Zahlung eines Pachtpreises von 80 Mk. pro Quadratmeter die zur Heimarbeitersammlung benötigte Halle den Wünschen der Generalkommission gemäß zu errichten. Da eine Verständigung mit der Ausstellung und eine Ausmessung des Platzes notwendig war, versprach das Direktorium, der Generalkommission innerhalb einer Woche definitive Bescheid darüber zugehen zu lassen, welcher Platz innerhalb des Ausstellungsterrains zur Verfügung gestellt werden könne.

Bei den Verhandlungen mit dem Direktorium der Ausstellung war auch ein Geheimrat aus dem sächsischen Ministerium zugegen. Dieser Herr hatte gegen die gewerkschaftliche Heimarbeitersammlung erhebliche Bedenken und verlangte, daß die Ausstellung gemeinsam mit den Unternehmern arrangiert werde, weil sonst zu befürchten sei, daß sie tendenziös ausfallen würde. Zum mindesten sollten die Gewerkschaften sich verpflichten, auch die Lichtseiten der Heimarbeit zur Darstellung zu bringen. Die Vertreter der Generalkommission erklärten, auf eine Zusammenkunft mit den Unternehmern zu veranlassende Ausstellung verzichteten zu müssen. Es müßte den Unternehmern überlassen bleiben, ihrerseits die Heimarbeit in der Ausstellung zur Darstellung zu bringen, wie sie es für richtig hielten. Die Lichtseiten der Heimarbeit zur Vorführung zu bringen, hätten die Gewerkschaften keine Veranlassung, weil ihrer Ansicht nach die Heimarbeit in der Hauptsache Schattenseiten aufzuweisen hätte. Tendenziös solle die Ausstellung nicht gestaltet werden. Nur die für die Heimarbeit typischen Verhältnisse sollten zur Darstellung gelangen. Die von dem sächsischen Geheimrat erhobenen Bedenken fanden bei den übrigen Mitgliedern des Direktoriums, insbesondere bei dem Vorsitzenden, keine Gegenliebe. Kommerzienrat Lingner erklärte ausdrücklich, die Befürchtungen, daß die Ausstellung tendenziös gestaltet werden könne, seien ungerechtfertigt. Man müsse den Gewerkschaften überlassen, die Ausstellung so zu gestalten, wie sie es für richtig hielten. Kämen Uebertreibungen vor, so würde das nur den Eindruck der Ausstellung abschwächen, denn solche Dinge korrigierten sich selbst. Jrgendwelche einschränkende Bedingungen zu stellen, sei nicht nötig.

Gestützt auf diese zweifelsfreien Erklärungen des Direktoriums begannen die Gewerkschaften mit den Vorbereitungen für die Ausstellung. In mehreren Konferenzen, zu denen auswärtige wohnende Gewerkschaftsvertreter herangezogen werden mußten, wurden die Grundzüge der Beteiligung an der wissenschaftlichen Abteilung, sowie die Organisation der Sonderausstellung betr. Heimarbeit festgelegt und danach von den Verbänden zum Teil recht umfangreiche Vorbereitungen aufgenommen. Es wurde statistisches Material gesammelt, Enqueten erhoben, Photographien aufgenommen, Beiträge mit Heimarbeitern über ihre Beschäftigung während der Dauer der Ausstellung abgeschlossen, sowie Bestellungen auf zahlreiche Gegenstände aufgegeben. Alles dies, dazu die Vereitlung der Heimarbeitersammlung, hat den Gewerkschaften bereits ganz erhebliche Arbeit und Kosten verursacht.

Einige Zeit später erschienen in sächsischen Zeitungen Berichte über Tagungen der sächsischen Gewerbe- und Handelskammern, sowie anderer Unternehmerorganisationen, aus denen hervorging, daß das sächsische Ministerium des Innern die Unternehmer gegen die gewerkschaftliche Heimarbeitersammlung mobil gemacht hatte. Die Unternehmer verlangten, daß das Direktorium eine gewerkschaftliche Heimarbeitersammlung nicht zulasse, oder, wenn dies nicht mehr verhindert werden könne, wenigstens Vorsorge dafür treffe, daß nicht nur die Schattenseiten, sondern auch die Lichtseiten der Heimarbeit zur Darstellung gebracht werden. Um eine tendenziöse Vorführung der Heimarbeit zu verhindern, solle eine Kommission von Unternehmern zur Entscheidung darüber herangezogen werden, was zur Ausstellung zuzulassen sei usw.

Der Verband sächsischer Industrieller richtete eine Eingabe an das Ministerium des Innern, in welcher er u. a. ausführte:

Es kam aber nach Meinung des Verbandes keinem Zweifel unterliegen, daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaften um eine objektive Darstellung der Verhältnisse gar nicht zu tun ist. Wäre das der Fall, dann würden die Gewerkschaften der Einladung gefolgt sein, die Ausstellung mit den Arbeitgebern und mit unbeteiligten Dritten gemeinsam zu veranstalten. Die scharfe Ablehnung dieser geforderten Parteilichkeit aber dafür, daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaften nur auf eine tendenziöse Ausstellung ankommt. Die freien Gewerkschaften verfolgen überhaupt ausgesprochenemassen die Tendenz, die Heimarbeit zu bekämpfen, weil sie in ihr ein Hemmnis der sozialdemokratischen Organisation erblicken. In dem letzten Jahrgang des „Korrespondenzblattes“ der freien Gewerkschaften findet sich keine einzige Angabe über eine Organisation der Heimarbeit oder Heimarbeiterinnen in sozialdemokratischen Gewerkschaften. Es fehlt daher den Gewerkschaften jede Legitimation, etwa auf Grund genauer Kenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse über das Problem der Heimarbeit sprechen und die Öffentlichkeit beeinflussen zu können. Bekanntlich hat der Führer der freien Gewerkschaften seinerzeit auf einem sozialdemokratischen Kongress offen ausgesprochen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften eins wären. Da nun noch im Jahre 1908 der sozialdemokratische Abgeordnete Rosenbühl in der Generalsekretärskommission offen ausgesprochen, daß die Heimarbeit vernichtet werden müsse, und da die freien Gewerkschaften sicherlich diesen Standpunkt teilen, so darf man wohl aussprechen, daß eine Organisation, welche prinzipiell auf dem Boden steht, daß die Heimarbeit vernichtet werden soll, nicht als objektive Institution gelten kann, um die Licht- und Schattenseiten der Heimarbeit darzustellen. Der Verband ist vielmehr fest davon überzeugt, daß es die Absicht der Gewerkschaften ist, durch eine bewußte Glendmalerei Abscheu vor der Heimarbeit zu erwecken und die geplanten gewerkschaftlichen Maßnahmen dadurch zu beeinflussen. Eine derartige tendenziöse Ausstellung, die keine Gewähr dafür gibt, daß wirklich die Normallöhne und die Normalverhältnisse der Heimarbeit zur Darstellung kommen, kann aber nicht dazu dienen, der Lösung des Problems der Heimarbeit näher zu kommen. Wohl aber kann eine solche Ausstellung, wenn sie ebenso tendenziös sein würde, wie seinerzeit die Heimarbeitersammlung in Berlin, dazu dienen, die schugöllnerische Bewegung im Ausland zu stärken dadurch, daß durch exorbitante Einzelfälle — bei der Berliner Heimarbeitersammlung wurde in demagogischer Weise mit dem Wochenverdienst einer 83jährigen Frau operiert — der Eindruck außerordentlich niedriger Normallöhne in Deutschland erweckt und damit den Schugöllnern fremder Länder Agitationsmaterial geliefert wird.

Der Verband sächsischer Industrieller erklärt daher, daß er sich mit der Errichtung einer Heimarbeitersammlung auf dem Gelände der Hygieneausstellung nur einverstanden erklären könne, wenn die Gewerkschaften ihrerseits dem Vorschlage zustimmen, daß eine Aufnahmecommission gebildet wird, die aus einer gleichen Zahl von Arbeitern und Arbeitgebern unter Hinzuziehung unbeteiligter Dritter gebildet wird. Diese Aufnahmecommission muß über die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Ausstellungsgegenstände entscheiden. Ferner muß Gewähr dafür geboten werden, daß die Stundenlöhne objektiv in Stundenlöhne umgerechnet werden. Endlich sei zu fordern, daß bei allen Angaben über das Einkommen der Heimarbeiter streng geschieden wird zwischen den Kategorien der gelegentlichen Heimarbeiter und der beruflichen Heimarbeiter, die durch die Heimarbeit ihren ganzen Lebensunterhalt verdienen.

Diese von einseitigstem Unternehmerrögnis und engherzigstem Parteilichem gezeigte Hege der Industriellen blieb nicht ohne Erfolg. Die von dem Direktorium der Ausstellung innerhalb einer Woche in Aussicht gestellte definitive Entscheidung über den Platz, der den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden sollte, ging nicht ein. Als dann die Generalkommission um definitive Bescheid ersuchte, erhielt sie von dem Direktorium die Mitteilung, daß auf dem parkartigen Gelände innerhalb der Ausstellung ein ausreichender Platz zur Verfügung stehe und daß wegen der Platzfrage eine erneute Aussprache gewünscht werde. Diese fand Mitte Januar dieses Jahres in Dresden statt. Zur nicht geringen Ueberraschung der Gewerkschaftsvertreter sah das Direktorium jetzt alle von den Unternehmern erhobenen Einwendungen gegen die gewerkschaftliche Heimarbeitersammlung für durchaus berechtigt an und verlangte Garantien dafür, daß die Ausstellung nicht tendenziös gestaltet werde. Die in der Eingabe des Verbandes sächsischer Industrieller an das Ministerium erhobenen Forderungen wurden fast wörtlich von dem Direktorium wiederholt.

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten auch diesmal, sich den von Unternehmern diktierten Bedingungen nicht fügen zu können. Namentlich sei der Vorschlag unannehmbar, eine Ausnahmejury, in der die interessierten Arbeitgeber vertreten sind, mit der Entscheidung darüber zu betrauen, was zur Ausstellung zugelassen sei. Es wurden eine Reihe weiterer Vorschläge erörtert. Auf Anfrage des Direktoriums erklärten die Gewerkschaftsvertreter sich ohne weiteres damit einverstanden, daß die Unternehmer in demselben Pavillon in einer besonderen Abteilung eine Heimarbeitersammlung veranstalten und machten weiterhin den Vorschlag, wirklich Unparteiische zur Entscheidung darüber zu berufen, ob die von den Gewerkschaften darzustellenden Heimarbeitverhältnisse zutreffend wiedergegeben seien oder nicht. Als geeignet zu diesem Schiedsrichteramt brachten die Gewerkschaftsvertreter die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft für soziale Reform, besonders den Staatsminister a. D. v. Berlepsch und Professor Grande, in Vorschlag. Das Direktorium erklärte, sich darauf nicht einlassen zu können, denn alle diese Sozialreformer „schwebten in der Luft und kämen mit den Füßen nicht auf den Erdboden“. Unse Vertreter machten noch den weiteren Vorschlag, einen sächsischen Vertreter der Gesellschaft für soziale Reform, Herrn v. Scheven in Dresden, als Unparteiischen in Vorschlag zu bringen, aber „auch dieser Herr schwebte in der Luft“, erklärte das Direktorium und damit war auch dieser Vorschlag abgefallen. Kommerzienrat Lingner betonte mehrmals, daß er persönlich es durchaus gern sehen würde, wenn eine Basis gefunden werden könnte, welche die gewerkschaftliche Sonderausstellung ermöglicht. Die Internationale Hygiene-Ausstellung sei aber von der Regierung subventioniert, zum Teil von den Industriellen abhängig. Er sei also gezwungen, die Wünsche von jener Seite zu beachten. Die verschiedenen, bei der Verhandlung zur Erörterung gelangten Vorschläge sollten erst noch dem Ministerium unterbreitet und dann der Generalkommission schriftlicher Bescheid erteilt werden. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten dem Direktorium, daß sie nicht im Zweifel darüber seien, wie der im Einverständnis mit dem sächsischen Ministerium gegebene Bescheid ausfallen werde. Am 25. Januar teilte Kommerzienrat Lingner der Generalkommission mit, daß er versucht habe, auf Grund der verschiedenen Vorschläge eine befriedigende Lösung herbeizuführen, daß ihm dies aber zu seinem großen Bedauern nicht gelungen sei und deshalb die gewerkschaftliche Heimarbeitersammlung nicht zugelassen werden könne.

Die hier eingehend geschilderten Vorgänge sind ein Schulbeispiel dafür, welche Macht das Unternehmertum in Deutschland besitzt. Für die sächsischen Unternehmer und deren im Ministerium des Innern tätigen Interessenvertreter werden Bestrebungen auf Verbesserung der hygienischen Verhältnisse weiter Volkswirtschaft in dem Augenblick zu einem Staatsverbrechen, wo das Privatinteresse der Unternehmer gefährdet werden könnte. Diese Haltung der Ausstellungsleitung und ihrer sächsischen Protektoren steht in schneidendem Gegensatz zu den offiziellen Reden, mit denen vor Jahresfrist die Vorbereitungen für die Ausstellung aufgenommen wurden. Auf der Tagung des Direktoriums und der Gruppenvorstände am 12. Februar erklärte Minister Bismarck: „Die Ausstellung soll uns zur Anschauung bringen, was Wissenschaft und Technik auf dem Gebiete der Hygiene geleistet haben, und indem sie das tut, soll sie einerseits den staatlichen und kommunalen Behörden erleichtern, sich die Ergebnisse der Wissenschaft anzueignen und sie in das praktische Leben zu übertragen. Andererseits soll sie das Interesse des Publikums wecken und den breiten Schichten der Bevölkerung zeigen, wie die Aufgaben und Bedürfnisse der Hygiene in alle Lebensgebiete eingreifen, was auf diesem Gebiet bisher geleistet worden ist, was geleistet werden kann und was noch geleistet werden muß. Das letztere scheint mir beinahe das Wichtigste. Die Not unserer Mitbürger ist es gewesen, die uns gelehrt hat, das Problem der Hygiene als ein gemeinsames, ein öffentliches, als ein soziales zu empfinden; die Not hat uns erzogen zu sozialem Empfinden und sozialem Pflichtgefühl!“

Wo blieb dieses soziale Empfinden, dieses soziale Pflichtgefühl des sächsischen Staatsministeriums, als die Arbeiterorganisationen die Not der Heimarbeiter und die sozialen und hygienischen Schäden der Heimarbeit im Rahmen der Ausstellung dem breiten Publikum vor Augen führen wollten? Auf der gleichen Tagung führte der Präsident des Reichsgesundheitsamts, Prof. Dr. Humm, aus: „Wir leben in einer Zeit, in der die politischen Gegensätze oft lebhaft aufeinanderprallen, wo bei der nervösen Gereiztheit, die nicht bloß den einzelnen, sondern die Fraktionen, Gemeinwesen und Nationen beherrscht, oft über Dinge, die verhältnismäßig geringe Bedeutung zu haben scheinen, harte, schwere Kämpfe entbrennen. Da ist die Hygiene ein Thema, das in seinem Endzweck meistenteils die Übereinstimmung aller Parteien findet. ... Und deswegen finden wir, wo es sich um hygienische Maßnahmen handelt, in der Regel eine erfreuliche Übereinstimmung der Fraktionen und Parteien.“

Die schnell doch solche schöne Worte vergessen sind. Die Absicht der Gewerkschaften, die Heimarbeitersammlung, die bereits die Gesehgebung der verschiedensten Länder beschäftigt und besonders in England zu wirksamen Reformen geführt hat, zur Darstellung zu bringen, genügt schon, um die sächsische Regierung in nervöse Gereiztheit zu versetzen. So traten harte, schwere Kämpfe an die Stelle der anfangs so erfreulichen Übereinstimmung.

Was hat die sächsische Regierung mit ihrem Treiben gegen die Gewerkschaften erreicht? Sie hat erreicht, daß die Gewerkschaften angesichts dieser Kapitulation des Ausstellungsdirektoriums von den Unternehmerforderungen nicht bloß auf die Veranstaltung der Sonderausstellung betreffend Heimarbeit verzichteten, sondern nunmehr jede Beteiligung an der Internationalen Hygieneausstellung ablehnten, weil ihnen nach dem, was sie erfahren mußten, das Vertrauen zur Ausstellungsleitung abhanden gekommen ist. Sie hat aber ferner erreicht, die Internationale Hygieneausstellung mit dem Stigma der Förderung von Unternehmerinteressen zu befaßten. Denn nichts anderes bezweckte ihre Forderung einer Jury, welche zur Hälfte aus sächsischen Unternehmervertretern zusammenzusetzen sei, als dadurch jede ernstliche Darstellung von Missetänden und Schäden der Heimarbeit zu verhindern. An dem Widerspruch der Industriellenvertreter wäre jede Ausstellung des tatsächlichen Heimarbeiterselends gescheitert.

Es ist nicht die Absicht der Gewerkschaften gewesen, die Heimarbeit tendenziös darzustellen, d. h. ausnahmsweise träge Zustände zu verallgemeinern und die Farben noch schwärzer aufzutragen, als sie ohnehin sind. Nur die Darstellung dessen, was in Wirklichkeit vorhanden ist, sollte gewährleistet sein. Tatsächlich kann das Heimarbeiterselend in seinem vollen Umfange gar nicht ausgestellt werden, denn wer würde wohl das Herz dazu haben, das Heim der allerärmsten Arbeiterschichten mit seinem Jammer und Schmutz, seinen Miasmen und Dünsten und die kleinen Kinder und Kranken als Bewohner dazu dem Publikum so vorzuführen, wie es in seiner Wirklichkeit sich darstellt? Diese Wirklichkeit vermag auch die realistischste Ausstellung nicht wiederzugeben, sie wird immer unzureichend bleiben und insofern wird jeder Ausstellung eine gewisse Tendenz der Schönfärberei innewohnen. Wer aber den Gewerkschaften zumutet, jede Tendenz, auch die berechtigteste, das Publikum vor den Nachteilen der Heimarbeit zu warnen und die öffentliche Gesundheitspflege auf diese Missetände hinzuweisen, beiseite zu lassen, der verkennt den Zweck der Hygiene, die den Kampf gegen das Ungeheuer, gegen das Gemeinshädliche, gegen Vorurteile zu führen hat. Den Gewerkschaften war es so völlig Ernst mit ihrer Beteiligung an der Ausstellung, mit ihrem Vorhaben, auch ihrerseits zur Förderung der Hygiene beizutragen,

daß sie sogar bereit gewesen waren, sich eine Ausnahmejury gefallen zu lassen, die sonst keinem anderen Aussteller zugemutet wurde. Nur sollte diese Jury wirklich unparteiisch sein. Indem das Direktorium es ablehnte, Männer der Gesellschaft für soziale Reform, Männer vom Rufe eines Berlepsch, eines Grande, eines v. Scheven als Unparteiische anzuerkennen, verrät es drastisch genug, worauf es der sächsischen Regierung ankam, auf die Hervorkehrung des einseitigsten Unternehmerinteresses.

Man mag sich in den leitenden Kreisen vielleicht zunächst darüber freuen, die Gewerkschaften glücklich losgeworden zu sein. Aber darüber wird man sich kaum täuschen, daß eine Organisationsgruppe von 22 Millionen Personen, die einen so erheblichen Einfluß auf dem Gebiete von Beruf und Arbeit entfaltet, daß sie hinsichtlich der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Schaffung eines neuen Arbeitsrechts vorbildlich wirkt, auch für die Hygiene ein Faktor von großer Bedeutung ist, der nur zum Nachteil der Ausstellung selbst ausgegaltet werden kann. Und auch darüber dürfte wohl Klarheit herrschen, daß die großen Aufgaben der Hygiene durch eine derartige Behandlung der Gewerkschaften, die auf die Arbeiterkreise verlegend wirken muß, nicht gefördert werden.

Die Gewerkschaften werden sich mit diesem Stand der Dinge abzufinden wissen. Ist es für sie doch ein erneuter Beweis dafür, daß wir in einem kapitalistischen Staat leben, und daß Sozialpolitik, Hygiene und Volkswohl an kapitalistischen Interessen ihre Grenze finden. Desto mehr aber haben die deutschen Gewerkschaftskreise alle Ursache, die Darbietungen einer Ausstellung, die unter dem Protektorat der sächsischen Regierung steht, einer strengen, kritischen Prüfung zu unterziehen, denn die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch in andern Zweigen der Hygiene das Gemeinwohl hinter das Unternehmerinteresse zurücktreten mußte.

Zur Cariferneuerung im Fichtelgebirge.

Am 30. und 31. Januar und am 1. Februar wurde in Hof für die Zahlstellen Bayreuth, Vornel, Münchberg, Riedelmaier, Selb, Seußen, Schwarzenbach, Wunsiedel und Weichenstadt gültige Normaltarif auf drei Jahre verlängert. Dieser Abschluß unterscheidet sich von den früheren in genannten Gebieten dadurch, daß er ohne Kampf, das heißt ohne Anwendung der letzten Waffe, zustande kam. Die Verhandlungen mit den Unternehmern währten acht bis zehn Stunden. Daraus dürfte ohne weiteres hervorgehen, daß die Unternehmer nicht gewillt waren, die von uns eingereichten Forderungen zu schlichten, beziehungsweise uns befriedigende Zugeständnisse zu machen. Zugegeben muß allerdings werden, daß unsere Anträge, wenn auch nicht einschneidend, aber doch ziemlich umfangreich waren. Erklärlich ist diese Tatsache daraus, daß jetzt der Fichtelgebirgsnormaltarif für 9 Zahlstellen mit nahezu 1050 Mitgliedern Gültigkeit erlangt hat. Je mehr Zahlstellen ein Bezirkstarif umfaßt, desto umfangreicher werden auch die Ergänzungen bei seinem Ablauf. Damit ist natürlich noch lange nicht gesagt, daß nicht jede einzelne Forderung Anspruch auf Berücksichtigung hat. Die Vorbedingungen eines solchen Bezirkstarifabschlusses sind natürlich verschiedenartiger Natur. Die Lage der Industrie im allgemeinen, die Organisationsverhältnisse haben und drüben, die Verständigung aller in Betracht kommenden Zahlstellen, das sind alles Fragen, die geprüft und sorgfältig erwogen werden müssen. Und gerade hier bei dieser Arbeit kann ohne Ueberhebung gesagt werden, daß unserseits vorzüglich operiert wurde. Der ganze Gang der Unterhandlungen, die ich jetzt kurz skizzieren will, hat dies recht deutlich bewiesen. Vertreten waren 10 Unternehmer einschließlich eines Tarifexperten und eines Protokollführers, als Vertreter des Zentralvorstandes war Kollege Staudinger anwesend, desgleichen war Kollege Mittenmeier und eine elfgliedrige Tarifkommission erschienen. Den Vorsitz führte in recht objektiver, taktvoller Weise Herr Kommerzienrat Schöler-Schwarzenbach, dessen Ruhe und Sachlichkeit wesentlich dazu beigetragen haben dürfte, daß eine Einigung erzielt wurde. Bei einzelnen Anträgen ist es uns leider nicht gelungen, den Unternehmern mehr als ein entschiedenes „Nein“ abzupressen. Die Argumente, die hier die Unternehmer zu ihrer Verteidigung ins Feld führten, waren auch teilweise nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Es dürfte daher auch begründet erscheinen, daß die Diskussion über die Konkurrenz, das Vorgehen einzelner Kommunalverwaltungen gegenüber unsern Produkten, einen ziemlich freien Raum in der Debatte einnahm. Zu den Machinationen einzelner Friedensverwaltungen wurde eine vollständige Einigung zum gemeinsamen Vorgehen erzielt. Unsern Standpunkt zu dieser Frage präzisierten recht eingehend die Kollegen Mittenmeier und Staudinger. Ueber die Konkurrenz der tariflosen Firmen innerhalb des Fichtelgebirges waren wir uns unserseits auch darüber einig, alles aufzubieten, um den Unternehmern bis zum nächsten Tarifabschluß diese Waffe aus der Hand zu nehmen. Die wichtigsten Zugeständnisse, die am 30. und 31. Januar erungen werden konnten und von der erweiterten Tarifkommission am 1. Februar angenommen wurden, sind folgende: Jede eingetragene Zahlstelle erhält fünf bis sechs Exemplare des umfangreichen Tarifs in Buchform zum Selbstkostenpreis. (Bis jetzt war der Tarif in jeder Zahlstelle nur einmal in Plakatform ausgehängt.) Die Stundenlöhne aller Hilfsarbeiter unter 30 Pfg. werden ab 1. März 1911 um 2 Pfg. erhöht. Arbeiten mehrerer Kollegen an einem Stiel im Tagelohn, so bekommt jeder den gleichen höchsten Lohnsatz. Die Arbeitszeit wird wöchentlich und zwar Sonnabends um 1½ Stunden gekürzt. An den Vorabenden von Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird der Betrieb um 12 Uhr gesperrt (bis jetzt um 4 Uhr). Nachmittags und Sonntagsarbeit werden mit 30 Prozent Zuschlag vergütet. Oppacher Granit wird mit 15 statt mit 14 Mark bezahlt. Heller Seußener, Grafenreuther und Umgebung wird statt mit 11 mit 12 Mark vergütet, der rötliche Riesengebirgsgranit mit 11 statt mit 10 Mark bezahlt. Die Preisunterschiede zwischen Schleifreite, gestockten und geschliffenen Denkmalsarbeiten haben in Zukunft zu verschwinden. Unter gestockten Arbeiten ist nur reine Bauarbeit zu verstehen. Flächen über zehn Zentimeter Schräge werden 1½mal berechnet (bis jetzt einfach). Zugen von über 2 Zentimeter Schräge erhalten 10 Prozent Zuschlag. Windige Flächen werden nach Vereinbarung, mindestens aber mit 20 Prozent Zuschlag vergütet. Gebeitete Kanten werden mit 40, Kantenschläge mit 60 Pfg. pro laufenden Meter bezahlt (bis jetzt 40 Pfg.). Bei gestockten Sozeln kommt in Zukunft die Flächenberechnung an Stelle der Kubikmeterrechnung in Anwendung. Die Stufenberechnung hat durchweg eine Verringerung zu unsern Gunsten erfahren. Kaneluren an Säulen werden, wenn der Mantel geschliffen ist, mit 10 Prozent Zuschlag vergütet. Für einzelne Profile konnte ein Glied Zuschlag herausgeholt werden. Profilmessungen unter 10 Zentimeter Länge werden stets mit 10 Zentimeter gerechnet. Kurze alleinstehende Profile werden bis 10 Zentimeter doppelt, 10-15 Zentimeter 1½mal, 15-25 Zentimeter 1¼mal, über 25 Zentimeter lang einfach berechnet. (Bis jetzt wurde nur die wirkliche Länge des Profils berechnet.) Das Bohren von Dübellöchern, außer solchen an Kreuzen, wird im Stundenlohn ausgeführt. Glatte Bogenflächen über 21 Zentimeter Sehnenlänge erhalten ebenfalls prozentuale Zuschläge ferner ist in diesen Absatz das Wort abgewandelt eingefügt worden. Eine Aenderung in der Berechnung ist ferner eingetreten bei Pyramidenzügen, Felsenkreuzen und Plattenkanten. Alle hier kurz erwähnten Aenderungen in der Berechnung von Profilen kommen natürlich auch den Schleifern zugute. Die Grundpreise auf verschiedene Materialien erfahren ebenfalls für die Schleifer eine teilweise betrübende Verringerung. Bei zusammengefügten Werkstücken kommt nicht mehr die Gesamt-

fläche, sondern die Berechnungsart jedes einzelnen Werkstückes in Anwendung. Der Bezug von Bürsten und Pinseln wurde einem großen Teil der Kollegen wesentlich erleichtert.

Das wären also kurz die wichtigsten Neuerungen, die ab 1. März ihre Gültigkeit erlangen. Von einer Ueberverteilung der einen oder andern Berufskategorie kann und dürfte auch wohl kaum die Rede sein. Wenn nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten, so ist das zwar bedauerlich, unter den gegebenen Umständen aber auch gar nicht möglich gewesen. Dem Steinarbeiterverband macht dieser Tarifabschluß in jeder Beziehung alle Ehre. Es ist dies zwar nichts Neues, denn den Mitgliedern sind solche Tarifabschlüsse in Fleisch und Blut übergegangen. Wenn ich aber diese Tatsache trotzdem konstatiere, so deshalb, um unsern Herrn Brüdern in Christo einmal Gelegenheit zu geben, die Tarifabschlüsse des Steinarbeiterverbandes mit jenen der Kamerader zu vergleichen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß ein solcher Vergleich nicht nur hinlänglich, sondern vollständig beineulose wäre. Es ist einfach vollständig ausgeschlossen, daß auf jener Seite ein solcher Tarifabschluß zustande kommt, und zwar deshalb, weil den Führern jede praktische Berufserkenntnis und damit auch die Kenntnis zu einem für die Mitglieder günstigen Tarifabschluß fehlt. Wie lange mag es wohl noch Steinarbeiter geben, die ihr eigenes Wohl und Wehe und das ihrer Familien im Interesse einiger fanatisch angehauchter Leute so schön mit Füßen treten? Dem Steinarbeiterverband wird dieser Tarifabschluß im Fichtelgebirge zu neuen Kämpfen die Wege ebnen. Ch. Sch.

Zum Essener Meineidsprozeß.

Nach viertägiger Verhandlung hat sich in Essen der Vorhang über eine Justiztragödie gesenkt, die für die gesamte Gewerkschaftsbewegung von außerordentlich großer Bedeutung von Beginn ab und auch in ihrem ganzen Verlauf war. „Der Prozeß ist erwachsen auf dem Kampffeld der Christlicher und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung“, so hat mit einer gewissen Verechtigung der Vorsitzende in seiner Ansprache an die Geschworenen angeführt. Nur die älteren Kollegen werden sich der dem ganzen Prozeß zu Grunde liegenden Vorgänge noch in etwas erinnern, liegen die Ereignisse doch heute mehr als 15 Jahre jurid. Der Essener Meineidsprozeß hat eine lange Geschichte.

Im Jahre 1889 wurde in Bochum der Bergarbeiterverband gegründet. Bald darauf wurden auch von Zentrumsanhängern Versuche gemacht, eine christliche Organisation ins Leben zu rufen. Nach einigen vergeblichen Bemühungen gelang es schließlich, den sogenannten Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zu gründen. Unter dem jetzigen Landtagsabgeordneten Brust begann die „christliche“ Organisation alsbald einen regelrechten Verleumdungsfeldzug gegen den Verband der Bergarbeiter. Im Gegensatz zu den freien Bergarbeitern standen den „Christen“ natürlich lokale allerorts zur Verfügung, wohingegen dem alten Bergarbeiterverband alle Säle in der unglücklichsten Weise abgetrieben wurden. Die Führer des alten Verbandes mußten deshalb wohl oder übel in die Versammlungen des christlichen Gewerksvereins gehen, wenn sie den gegen sie verbreiteten Verleumdungen entgegenzutreten wollten.

Eine dieser christlichen Versammlungen fand am 3. Februar des Jahres 1895 in Bauka u bei Herne statt. Der jetzige Zentrumsabgeordnete Brust leitete die Versammlung. Der damalige erste Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Ludwig Schröder und einige seiner Freunde, waren zu der Versammlung erschienen. Als von Anhängern des alten Verbandes zu Beginn der Versammlung Bureauwahl gefordert wurde, forderte Brust sofort Schröder und seine Freunde auf, den Saal zu verlassen. Gleichzeitig bat Brust den überwachenden Beamten, Gendarm Münter, ihm — Brust — beizustehen. Schröder wollte den Saal verlassen, an der Saaltür, am Kassetisch verlangte er sein Gütchen jurid. Der Gendarm war ihm schon am dem ganzen Weggefolgt, an der Tür sagte der Gendarm dann Schröder in den Rücken und stieß ihn zweimal zur Erde. Schröder ging dann mit seinen Freunden nach Hause.

Ueber diese Vorgänge brachte das Organ des alten Verbandes einen Bericht, der zu einer Anklage gegen den Redakteur führte. In dem Prozeß beschwor der Gendarm, Schröder nicht gestochen und auch nicht angefaßt zu haben. Einige christliche Zeugen beschworen, sie hätten es sehen müssen, wenn Schröder von dem Gendarm gestochen worden sei. Schröder und sechs andre Mitglieder des alten Verbandes, darunter der Kassierer des Verbandes, Meyer, ferner die Vergleute Graf, Jandera, Beckmann, Thiele und Billing bekundeten unter ihrem Eide, die in dem Verbandsorgan gegebene Darstellung sei richtig. Der Redakteur wurde dennoch verurteilt und Schröder und seine Freunde, die beschworen hatten, daß der Gendarm gestochen habe, wurden — verhaftet. Am 17. August 1895 verurteilte das Essener Schwurgericht die Angeklagten zu insgesamt 18½ Jahren Zuchthaus und sechs Monaten Gefängnis wegen willkürlichen Meineides. Das Urteil erregte allgemeines Aufsehen. Außer dem Gendarm hatte in der Verhandlung kein weiterer Zeuge bekundet. Schröder sei nicht gestochen worden, nur bekundeten eine ganze Anzahl Zeugen, daß der Gendarm Schröder zweimal gestochen habe. Gegen das Urteil wurden selbst in weiten Kreisen der Bürgerschaft starke Bedenken laut und zwar um so mehr, als der Staatsanwalt einen direkten Gegensatz zwischen den christlich organisierten Bergarbeitern und den freigeorganierten jag und die ersten als glaubwürdig bezeichnete; wohingegen er behauptete, daß die Angehörigen des freien Bergarbeiterverbandes keinen Glauben verdienen. Da die Beweisaufnahme selbst für die Schuld der Angeklagten außer dem Zeugnis des Gendarmen nichts ergeben hatte, so bleibt für das ungeheuerliche Urteil nur die Erklärung, daß auch die bürgerlichen Geschworenen die verhängnisvollen Argumente der Staatsanwaltschaft sich zueigen gemacht haben. Diejenige Presse, die die wirtschaftliche Kampforganisation der modernen Arbeiterkraft von jeher krampflos und mit lebenden Mitteln zu bekämpfen versucht hat, publiziert über das Urteil und prophezeit den freien Verbänden ein nahe Ende.

Gegen die Glaubwürdigkeit des alleinigen Belastungszeugen Münter wurden sehr bald erhebliche Zweifel laut. Das Dortmund Landgericht bezeichnete Münter als einen Zeugen, der an einer auffälligen hochtrabigen Bergeglieckheit leide. Der Verteidigung stellten sich auch noch weitere Zeugen zur Verfügung, die die Richtigkeit der von Schröder und seinen Freunden bekundeten Aussagen zu bestätigen bereit waren. Die Verteidigung ließ denn auch kein Mittel unversucht, um eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen. Die Gerichte lehnten jedoch diese Anträge zu wiederholten Malen ab. Erst im März des vergangenen Jahres, nachdem die Verteidigung über den Gendarm Münter das vernichtendste Material zusammengetragen hatte, ordnete das Oberlandesgericht in Hamm die Wiederaufnahme des Verfahrens an. Die erneute Verhandlung fand in den Tagen vom 30. Januar bis zum 3. Februar vor dem Essener Schwurgericht statt. Die Anklage erlitt einen schmachvollen Zusammenbruch. Der einstufige Kranzeuge der Staatsanwaltschaft, der inzwischen allerdings verstorbenen Münter, entpuppte sich als ausgeprägter Verbrecher, der von „Nechts wegen“ schon vor der Verurteilung Schröders hinter Schloß und Riegel gehörte. Als Brigadeschreiber hat Münter Anfang der neunziger Jahre in Münster bei Heiratsgelder seiner Kameraden unterschlagen. Seine Vorgehensweise mußten in der erneuten Verhandlung bekunden, daß Münter im Dienst ein aggressiver, zu Tälichkeiten neigender Mensch gewesen sei. Ein früherer Dienstkamerad erklärte, er glaube Münter nicht, auch dann nicht, wenn dieser geschworen habe. Ferner wurde festgestellt, daß Münter in den letzten Jahren in unglücklichen Fällen den Versuch gemacht hat, in Berlin und Um-

gegenüber gegen schwere Entschädigungen Leute zum Meineid zu verleiten. Münter starb, als die Berliner Staatsanwaltschaft gegen ihn Anklage wegen Verleitung zum Meineid erhoben hatte. Das „positive Zeugnis“ des einzigen Zeugen für die Schuld Schröders und seiner Freunde entfiel mithin für die zweite Verhandlung ohne weiteres. Aber auch jetzt vermochte die Staatsanwaltschaft nicht einen einzigen Zeugen beizubringen, der bezeugt hätte, Münter habe den Schröder nicht gestiftet. Dahingegen erklärten in der neuen Verhandlung wiederum etwa 12 Zeugen, daß sie aufs deutlichste gesehen hätten, wie Schröder von Münter gestiftet worden.

Unter der Wucht der erneuten Beweisaufnahme sah sich denn auch der jetzige Vertreter der Staatsanwaltschaft gezwungen, die Anklage gegen die Angeklagten fallen zu lassen und den Freispruch zu beantragen. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen und die Angeklagten wurden freigesprochen. Damit ist allerdings ein der schlimmsten Klassenurteile juristisch beseitigt. Dieser Rehabilitierung bedürften die Angeklagten natürlich nicht. Sie wären von der gesamten Arbeiterschaft nicht geachtet, sondern geachtet. Schröder ist heute noch 2. Vorsitzender des alten Bergarbeiterverbandes. Das ungeheuerliche und ebenso ungerechte Urteil hat man aufgehoben, das den unschuldig Verurteilten zugefügte Unrecht vermag keine Macht der Welt zu beseitigen. Für die unsagbaren großen Opfer, die die unschuldig zu schweren Zuchthausstrafen Verurteilten erlitten haben, muß sie der Dank der gesamten modernen Arbeiterschaft entgegengenommen. Diejenigen aber, die von dem Urteil eine Vernichtung der modernen Arbeiterbewegung erwarteten und erhofft hatten, haben sich verallt. Die freiorganisierte Arbeiterschaft ist machtvoll vorwärts geschritten. Herr Brust und die übrigen christlichen Führer, die in jene Bauerne Versammlung alle verfügbaren Politzeimannschaften zu entsenden hielten, mögen es mit ihrem Gewissen ausmachen, daß sie die Veranlassung zu dem schweren Schicksal der unschuldig Verurteilten gegeben haben. Diejenigen unserer blindwütigen Gegner, die die „Essener Meineide“ den gesamten Gewerkschaften an die Hochstühle hängen wollten, werden betrübten Herzens sehen müssen, daß nach nochmaliger gründlicher Prüfung auch ein bürgerliches Geschworenengericht gezwungen war, den damals Verurteilten zu attestieren, daß sie untadelhafte Ehrenmänner seien. Das Verleumben der Gewerkschaftsbewegung werden jene Leute gewiß nicht unterlassen, aber die Gewerkschaftsbewegung wird weitermarschieren, wie sie trotz des ungerechten Essener Urteils marschierte.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bei allen Anfragen in Krankenunterstützungsfällen ist stets die Mitgliedsnummer anzugeben, wo die Nummer nicht angegeben ist, kann die Anfrage nicht erledigt werden, da die Krankenunterstützung nach dem Kartensystem eingerichtet ist.

Das Adressenverzeichnis erscheint in Nr. 8 des „Steinarbeiters“. Änderungen, welche noch berücksichtigt werden sollen, sind sofort einzusenden.

Ausgeschlossen wurden nach § 3 Absatz 5b des Statuts Max Heß (Buch-Nr. 12 253), Jurzeit in Erfurt, Wilh. Warden (Buch-Nr. 12 870), Meier (Buch-Nr. 12 885), Zennebaum (Buch-Nr. 14 355), Dickmann (Buch-Nr. 12 260), sämtlich in Braunschweig; B. Rejcaus Kirchbrad (Buch-Nr. 14 759).

Korrespondenzen

Berlin. Jahresbericht, Neuwahl der Ortsverwaltung, Stellungnahme zum Zwischenunternehmergesetz und Verschiedenes, dieses war die Tagesordnung der am 29. Januar nach den Arminhallen einberufenen Generalversammlung. Der Abschluß des vergangenen Jahres kann uns Berliner Steinarbeiter voll befriedigen. Es war ein Jahr reichlicher Organisationsarbeit, welche aber auch schöne Resultate gezeitigt hat. Nicht allein daß wir für unsere Kollegen durch Tarifabschlüsse pekuniäre Vorteile erlangen, sondern wir konnten auch die Reihen unserer Kampfesbrüder festigen und stärken. Denn wenn wir am Schlusse des Jahres auf eine Mitgliederzahl von 855 blicken, gegen 792 am Anfang, oder eine Zunahme von 17 Proz., so ist dies ein Erfolg, mit dem wir zufrieden sind. Nicht minder erfreulich ist es, daß wir uns auf gesunde Kasserverhältnisse stützen können. Dadurch, daß sich unser Bestand von 8525,84 M. am Anfang auf 11 991,59 M. am Schlusse des Jahres steigerte, welches einem Zuwachs von 40 Proz. gleich ist, werden die früheren Befürchtungen widerlegt, daß uns die Unterhaltung des Angestellten und Bureaus Schwierigkeiten bereiten würde. Davon sind auch die Kollegen überzeugt. Dieses zeigt sich darin, daß, wenn auch erst nach lebhafter Debatte, beschlossen wurde, das Gehalt des Vorsitzenden, den Großstadtverhältnissen entsprechend, von 1800 M. auf 2000 M. zu erhöhen. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Winkler mit großer Majorität wiedergewählt. Desgleichen wurden die in den beiden Sektionsversammlungen bereits gewählten Sektionsvorstände bestätigt. Von der Gründung einer 3. Sektion (Kunststeinarbeiter) ist vorläufig Abstand genommen, da wir mit unserer Agitation in den Kunststeinbetrieben einige Jahre zu spät kommen. Die dort beschäftigten Kollegen (Besetzer, Stämpfer, Schleifer usw.) sind bereits in anderen Verbänden organisiert. Sind wir nun auch im Prinzip mit der Ansicht der Gauleitung einig, daß die Kunststeinarbeiter am besten bei uns organisiert wären, so wollen wir doch keine Grenzstreitigkeiten herbeiführen. Den uns dabei entgehenden Mitgliederzuwachs können wir bei intensiver Arbeit in unserem bisherigen Wirkungsbereich zum Teil wettmachen. Und dieses muß unser Hauptbestreben sein. In einer hohen Mitgliederzahl und guten Kasserverhältnissen liegt die Gewähr, daß wir alle Hindernisse, welche uns der Kapitalismus auf den Weg legt, mit starker Hand wegräumen. Daß wir jederzeit gerüstet sein müssen, bewies Punkt 3 der Tagesordnung: Stellungnahme zum Zwischenunternehmergesetz. Durch Annahme folgenden Antrages wurde den Ausbeutungsgelüsten einer Gruppe Parasiten ein Riegel vorgeschoben: „Bei Zwischenunternehmern darf nur im Lohn gearbeitet werden. Lassen die Verhältnisse eines Zwischenunternehmers befürchten, daß den Arbeitern der Lohn nicht sicher ist, so wird die Arbeit nur dann ausgeführt, wenn die betreffende Hauptfirma die Garantierung des Lohnes sowie der tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen übernimmt.“ In der strikten Durchführung dieses Beschlusses liegt die Garantie für die Bekämpfung der großen Schädigen eines solchen Systems. Nachdem noch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß wir bei der jetzt allmächtig beginnenden Saison in den Grabsteingeschäften auch dort wieder Fortschritte machen werden, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Großhendach. Am 2. Februar tagte im Gasthaus zum Adler unsere Monatsversammlung, die gut besucht war. Es wurden die Vorarbeiten betreffs einer Lohnbewegung besprochen. Kollege Ripberger hielt einen kleinen Vortrag über die bevorstehende Konferenz und über die Worte Einigkeit macht stark, wofür er vollen Beifall erhielt. Ferner wurde bestimmt, die Statistik an jeden Platzkassierer abzugeben, damit diese regelrecht ausgefüllt werde. Im Punkt Verschiedenes wurden noch zwei Kollegen aufgenommen, so daß unsere Mitgliederzahl auf 49 Mann erhöht wurde. Die hiesigen Steinarbeiter sehen nun jetzt den Wert der Organisation ein und wollen sich bemühen, die noch fernstehenden Kollegen in Nähe in ihre Reihen zu bringen, um geschlossen dazustehen. Der Zusammenhalt der Kollegen ist soweit ein mühsamer.

Hardheim. Am 8. Februar tagte im Gasthaus Gramlich unsere Mitgliederversammlung, welche gut besucht war. Da wegen des Einschickens des Kassenbuchs an den Gauleiter die Quartalsabrechnung verzögert war, konnte man erst in dieser Versammlung zur Berlesung derselben kommen, sie wurde auch für richtig befunden und dem Kassierer für seine Bemühungen der Dank ausgesprochen. Hierauf Neuwahl der verschiedenen Funktionäre. Es wurden gewählt die Kollegen Wolf als erster, Schenkel als zweiter Vorsitzender, Kolb als Kassierer, Solmann und Moth als Revisoren, Mantel als Schriftführer. Unter Verschiedenes wurde die Sache der Hüpfinger Kollegen besprochen. Am 5. Februar war Herr Schäbler aus Würzburg wieder in Hüpfigen, und da er angeblich Rechenstunde (?) abhalten wollte, gingen auf Wunsch der dortigen Kollegen die Kollegen von hier dorthin. Doch Herr Schäbler hatte dafür gesorgt, daß mit dem „Stellvertreter Gottes“ nur die Steinarbeiter von Hüpfigen Zutritt hatten. Der Wirt mußte Posten setzen, damit ja kein Fremder etwas erlauschen konnte. Wir müssen diesen Fall anführen, um den Kollegen, die es angeht, zu zeigen, wie die Eblen mit ihren Schächsen umspringen wollen. Herr Schäbler konnte im Tarifrechnen keinen Bescheid geben und führte dabei aus, daß der rote „Steinarbeiter“ immer schreibt, die Christlichen hätten keine Sachleute im Vorstand, Herr Brendel sei ein guter Tarifrechner und in Nürnberg und noch sonstwo gibt es Kollegen, die nach Tarif rechnen können und bei den Christlichen organisiert sind. Und nun zum Herrn Pfarrer, dieser läßt sich auf der Kanzel hören und meint dabei: Wenn auch die Steinhauer in Hardheim für manches Stück 10—12 Mark mehr bekommen als sie, so sollen sie es als eine Wohltätigkeit ansehen, und die Wohltätigkeit trägt ja gute Früchte im Jenseits. (?) Also christlich organisieren, dann billiger arbeiten. Na, die Waldmischelpresse kann sich um einen Mitarbeiter mehr freuen. Wir wollen nur den Herren des Jenseits verraten, daß die Hüpfinger Steinarbeiter jetzt ihren Arbeitslohn haben wollen wie der Herr Pfarrer auch! Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Kollegen aufgefordert, die Parteipresse zu abonnieren und der Partei sich anzuschließen. Zum Schluß forderte Kollege Reiblein die Kollegen auf, dem bisherigen Vorsitzenden den Dank für seine geleistete Arbeit auszusprechen, was auch einstimmig geschah.

Hüpfigen. Die am 11. Februar hier tagende Mitgliederversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Da die Zahlstelle hier erst kurze Zeit besteht und die Verwaltungspersonen noch nicht gewählt waren, wurde als 1. Vorsitzender Wilhelm Häfner, als 2. Vorsitzender Karl Seufert, als Kassierer Karl Paul, als Schriftführer Karl Trunk, als Revisoren Friedrich Häfner und Anton Trunk gewählt. Von der Zahlstelle Hardheim waren die Kollegen Hod und Mantel erschienen. Kollege Hod schilderte in sehr ausführlicher Weise unser Verbandsleben und forderte die Vorstandspersonen sowie die Mitglieder auf, ihren Posten voll und ganz auszufüllen. In Placanzgelegenheiten kam manches zum Vorschein, das ganz der christlichen Organisation gleich sieht. Stücke, die 25 bis 30 M. kosten, zahlt Herr Keller aus Miltenberg mit 8 M. aus. Er glaubt so zahlen zu dürfen, wie er es ausrechnet. Nun, mit den Christlichen soll er machen was er will, die freien Gewerkschafter haben Tarifrechner genug, die sich nicht ausrechnen lassen. Auch Herr Schedel mußte wieder zur Sprache gebracht werden. Auf Anfrage einzelner Kollegen, wie es mit dem Tarifrechner aussieht, teilte er ihnen mit, daß er dafür sorgen werde, daß Tarifrechner herbekommen und auch ein Schiedsgericht eingesetzt wird. Die Hüpfinger christliche Organisation wird wohl nach einem Jahr noch keinen Tarifrechner haben. Herr Schedel hat schon die halbe Welt angefragt, aber gekommen ist noch keiner. Als Beweis sei eine Karte angeführt, die er seinen Geirenen geschrieben. Unter Verschiedenes forderte der Kassierer die Kollegen nochmals auf, treu zur Sache zu stehen und tüchtig in der Agitation mitzuhelfen.

Königsbrück. Am 4. Februar hielten die Steinarbeiter von Königsbrück im Gasthof zum Girch eine öffentliche Versammlung ab. Als Referent war der Kollege Starke erschienen, welcher über: Die Lage der Arbeiter in der Steinindustrie rebete. Seine Ausführungen fanden die Zustimmung der zahlreich Erschienenen. In der Diskussion wurde von einigen Kollegen hervorgehoben, daß nur ein festes Zusammenhalten der Berufsgenossen imstande ist, die Arbeiterinteressen zu wahren. Bedauert wurde die Jagdenschaft aus dem Verband nach dem Streik und das interesselose Verhalten noch so vieler dem Verbands fernstehender Berufsgenossen. Sehr richtig wurde bemerkt, daß die Unternehmer freiwillig nichts an den Löhnen zulegen, was man nach dem folgamen Verhalten der indifferenten Steinarbeiter voraussetzen sollte. Daß aber zum Schaden der Lohn nicht fehlt, hat man die Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechtert. Der nur noch als Schatten bestehende Tarif wird nicht eingehalten. Steinarbeiter von Königsbrück! Wollt ihr noch länger stillhalten und euch Lasten auf Lasten auferlegen lassen? Wollt ihr nicht in die Reihen eurer kämpfenden Kollegen treten und mit helfen, der Menschheit Werk zu bauen? Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband.

Kupferdreh. Am 22. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche mäßig besucht war. Zum 1. Punkt gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Es ist daraus zu entnehmen, daß wir im vergangenen Jahre einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen haben. Es haben 12 ordentliche und 2 außerordentliche Versammlungen stattgefunden. Es haben zwei Lohnbewegungen stattgefunden; eine endete nach zehnjährigem Streik mit vollem und eine durch Verhandlungen mit teilweisem Erfolg. Referate wurden zwei gehalten, eins in deutscher, eins in italienischer Sprache. Zum 2. Punkt wurde der Kassenbericht erstattet. Die Revisoren bestätigten, die Kasse revidiert und in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Hierauf wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Im 3. Punkt: Neuwahl, wurde als 1. Vorsitzender Robert Hornikel, als Kassierer Fritz Bölow einstimmig wiedergewählt. Als Schriftführer wurde Bernhard Glase und als Revisoren Joseph Sondermann und Hermann Arens gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde beantragt, das Treiben des Kollegen Georg Schlederer im Versammlungsbericht zu schildern. Bekanntlich wurde bei der Firma August l'Hoest ein Vertrag abgeschlossen. Eine Position lautet nun: „Die Deplatzen zum Wälsheimer Brückenbau werden im Stundenlohn (65 Pfg.) angefertigt.“ Schlederer ist bekannt als Oberwächter, und wollte selbige im Akkord anfertigen. Als ihm dies nicht gelang, denunzierte er die Kollegen auf die gemeinste Art schriftlich und mündlich beim Geschäftsinhaber, indem er hauptsächlich betonte, die meisten Kollegen verdienten öfter wechself, so machen wir die Kollegen besonders aufmerksam auf sein Vorgehen.

Metten. Von Jahr zu Jahr greift im Winter die Arbeitslosigkeit auch in den Bruchdistrikten immer mehr und mehr um sich. Insbesondere schwer wurden heuer die Kollegen von Ebenstatten davon betroffen. Schon vier Wochen vor Weihnachten waren die Kollegen der Firma Schönmann gezwungen, wegen Arbeitsmangels zu feiern. Nach den Feiertagen trat auch bei den übrigen Firmen großer Arbeitsmangel ein. Aber auch in Metten bei der Firma Steininger mußten die Kollegen längere Zeit aussetzen. Als dieselben nach einiger Zeit wieder nachfragten, ob sie noch nicht anfangen könnten, wurde ihnen erwidert, wenn sie unter Tarif arbeiten wollten, könnten sie wieder arbeiten, so aber könne man es nicht ändern; wenn sie kein Geld mehr hätten, müßten sie sich halt von ihrem Verbands unterstützen lassen. Nun, wir wissen ganz gut, daß unser Verband keine Arbeitslosenunterstützung eingeführt hat, wir wissen aber auch, daß uns derselbe schon wiederholt vor Grobheiten

und Tarifbrüchen gerade von seiten dieser Firma geschügt hat. Bei den Tarifunterhandlungen 1908 in Plattling wurde leitens der Unternehmer immer wieder darauf hingewiesen, sie könnten nicht höhere Löhne zahlen, da sie ihre Arbeiter auch im Winter beschäftigt hätten, während die Arbeiter in den Städten bloß Saisonarbeiter wären. Wie das in Wirklichkeit aussieht, haben wir im Winter zur Genüge erfahren. Wir werden bei den nächsten Tarifunterhandlungen dies in Erwägung ziehen müssen und dadurch diesen Hinweis nicht mehr dazupieren lassen. Ein weiterer Mifstand, welcher jedesmal bei Eintritt des Winters in Erwägung tritt, ist die einseitige Auslegung des Tarifvertrages. Es gibt Unternehmer, Geschäftsführer und Poliere, welche es darin zu einer wahren Kunstfertigkeit gebracht haben. Auch ist es schon vorgekommen, daß für Arbeiten, bei welchen der Preis im Sommer festgesetzt war, im Winter dann dafür weniger bezahlt wurde. Die Bestimmung des Tarifvertrages, Vossenzuschlag, bildet im Winter lediglich einen Bestandteil des Tarifvertrages. Was in dieser Beziehung gegen den Tarif gesündigt wird, geht ins Unendliche. Wir kritisieren dies an dieser Stelle deshalb, weil wir der Ansicht und der Überzeugung sind, daß dies nicht in der Absicht der Firmeneinhaber selbst liegt, sondern daß wir größtenteils nur unter der Schutianierung der einzelnen Geschäftsführer und Poliere zu leiden haben. Sagte doch ein einflussreiches Mitglied des Unternehmerverbandes bei den Tarifunterhandlungen: Was wir einmal unterschrieben haben, das halten wir auch. Die Praxis aber in den Brüchen beweist das Gegenteil. Und zum Schluß noch eine kurze Bemerkung. Vor 14 Tagen wurde in Metten eine Volksmission abgehalten. Dieselbe wurde insbesondere von den Unternehmern sehr fleißig besucht. In einer dieser Predigten hat nun ein Kapuzinerpater auch die soziale Frage in eingehender Weise behandelt. Wir wollen nur einen Ausspruch des Kapuzinerpaters zitieren und denselben unsern Unternehmern, Geschäftsführern und Polieren recht dringend zur Beherzigung empfehlen: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Die Entziehung des Tage- oder Arbeitslohnes ist eine Himmelschreiende Sünde. Wir sind natürlich pessimisten genug und hoffen von dieser Predigt nicht den geringsten Erfolg; denn an dem goldgepanzerten Herzen unserer Unternehmer und Poliere prallt auch die beste Rede eines Kapuzinerpaters wirkungslos ab, auch wenn sie noch so gute Christen sind.

Pirna. Am 10. Februar fand im Volkshaus zu Pirna eine Mitgliederversammlung der Steinarbeiter mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahres- und Kassenbericht; 2. Neuwahl der Vertrauensleute und Beisitzer für die Verwaltung; 3. Verschiedenes. Kollege Seidel erläuterte ausführlich den Geschäftsbericht vom Jahre 1910; im weiteren ging Seidel auf die Bundesratsverordnung ein und bemängelte hauptsächlich die Frühstücksstunden und Ankleideräume, deren Zustände in keiner Weise den Anforderungen entsprechen. Trotz mehrmaligen Vorstellungen und Beschwerden an die Behörden wird keine Abhilfe geschaffen. Es werden deshalb die Kollegen Selbsthilfe in Anspruch nehmen müssen. Durch die Agitation ist erfreulicherweise eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen und kann hoffentlich im nächsten Geschäftsbericht gesagt werden, daß es im Jahrestellenbericht Dresden-Pirna und Umgegend keine unorganisierten Steinarbeiter mehr gibt. Kollege Ernst verliest nun den Kassenbericht vom letzten Quartal sowie den Jahreskassenbericht; hierauf beauftragt Kollege Seidel als einziger anwesender Revisor die Mithiligkeit desselben und wird hierauf einstimmig Entlastung erteilt. Zu Punkt 2, Neuwahl, schlägt man für die Mithilkeitarbeiter Kollegen Schmidt als Beisitzer zur Verwaltung und Kollegen Börner als Ersatzmann vor; beide werden einstimmig gewählt. Für die Sandsteinnegler als Beisitzer werden vier Mann vorgeschlagen, jedoch lehnten alle ab. Die nächste Versammlung wird sich noch einmal mit der Wahl beschäftigen. Es werden nun im weiteren Vorschläge gemacht für die Vertrauensmänner, und schlägt man die Kollegen Seidel, Ernst und Bretschneider vor; die Wahl wird durch Urabstimmung in den nächsten Tagen stattfinden. Ferner beschließt man, ein Wahlkomitee zu errichten und wählt hierzu die Kollegen Gerstenberger, Matuschka und Neumann. Unter Verschiedenes geht man auf die Tarifangelegenheit ein, und wird scharf Kritik geübt über die Laune der Kollegen betreffs des Rechnens auf den Werkplätzen, um Beweismaterial für den neuen Bezirkstarif herbeizuschaffen. Es ist zum großen Teil die trrige Ansicht vorhanden, daß man mit dem Ablehnen des Bezirkstarifs die ganze Angelegenheit aus der Welt schafft; das ist aber falsch, Beweise und immer wieder Beweise erbringen ist die Hauptsache. Es wird nun nochmals aufgefordert, das Rechnen energisch zu betreiben, da die Zeit schon weit vorgeschritten und längeres Verschweigen nur Schaden bringt. Zum Schluß kommt man noch auf die Volksausbeurteilungsmarken zu sprechen, jedoch wird diese Angelegenheit an einer Neuregelung bis auf weiteres verschoben.

Roß a. Sand. Als vor ungefähr einem Vierteljahr die beiden Steinnegeschäfte sich vereinigten und Herr Neupert die technische Leitung übertrug, befam, da fühlte er sich demmaßen hochgeehrt, daß ein preußischer Junfer nicht proziger mit seinen Landarbeitern umgehen konnte, als es Herr Neupert mit „seinen“ Steinarbeitern riskierte. Gleich die erste Woche wurde ein Kollege, der den Posten eines Unterlassierers bekleidete, mit den Worten: „Herr bin jetzt ich, du kannst gehen!“ hinausgeschickt. Auch die im andern Betriebe noch beschäftigten Kollegen hatten unter dem prohigen Auftreten des Herrn Neupert zu leiden. Einige davon wurden ebenfalls entlassen. Dieses Verhalten ist schon deshalb verwerflich, weil Herr Neupert noch vor einigen Jahren selbst den Schlegel schwingen mußte und es ihm erst recht nicht paßte, wenn Vorgelegte so rüchloslos versuhren. Doch jetzt, wo er Meister, es vergessen. Doch mit des Geschickes Mächten, ist kein ewiger Bund zu stehen, das mußte nun auch Herr Neupert erfahren. Die gegründete Vereinigung hat sich allzufrüh wieder aufgelöst, Herrn Neupert wurde die technische Leitung über den zweiten Betrieb wieder entziffen und so muß er es sich zu seinem größten Rezerger und Verlegenheit gefallen lassen, daß sein früherer Kollege, den er mit so vieler Freude hinausbugkerte, wieder bei seinem früheren Meister in Arbeit trat. Ja, ja. Herr Neupert nur nicht so hochgeföhren, man glaubt sich in besseren Schulen zu befinden, auf einmal fangen diese an zu brüden. Es entstehen fogenannte Winterheulen, die oft große Schmerzen verursachen. Vorigen Sonntag äußerte er in einer Wirtschaft, er werde in seinem Lager große, schattige Bäume einpflanzen lassen, damit seine Leute im Sommer bei Brotzelt Schatten haben; so gerne wir es uns unsern Kollegen gönnten, aber um so lieber wäre es uns, wenn Herr Neupert solche kindliche Nebensarten lassen und mehr auf Einhaltung der Bundesratsbestimmungen und Gewerbeordnung sehen würde.

Strasburg i. E. Der von der Firma Schädennühle gemeldete Konflikt wurde durch Verhandlungen durch Vermittlung des Bürgermeisterramts zugunsten der Kollegen beigelegt. Es ist bemerkenswert, daß die an der Verhandlung teilnehmenden Unternehmer als Vertreter der Innung den Standpunkt der Arbeiter vollständig teilten. Durch Zeichnung und Modelle konnte in der Stgung festgestellt werden, daß die vorliegenden strittigen Arbeiten solche waren, wie sie bisher in Strasburg immer von Steinhauern hergestellt worden waren und auch nach Tarif ausgerechnet werden konnten. Von Unternehmenseite wurde betont, daß der durch Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angefretete Frieden nur gewahrt werden könnte, wenn beiderseits den bestehenden Bestimmungen Rechnung getragen wird. Die Praxis, günstige Arbeiten im Stundenlohn machen zu lassen, müßte befürchten lassen, daß auf seiten der Arbeiter in der gleichen Weise vorgegangen würde und ungünstige Arbeiten nicht mehr im Akkord ausgeführt würden. Die Haupteinwendung der Firma, daß von der Gauleitung verlangt worden sei, daß die Arbeiter von möglichst wenig Sünden hergestellt werden, um gleichmäßig zu werden, wurde durch den die Verhand-

Ding leitenden Stadtbaurat, Herrn Eisenlohr, als unzutreffend bezeichnet. Es ist zu erwarten, daß alle Streitfragen die gleiche gerechte Beurteilung finden, um dadurch wieder größeres Vertrauen zu dem Schlichtungsverfahren unter den Kollegen hervorzuheben. Wie gemeldet, läuft der bestehende Tarif am 1. Mai d. J. ab. Verhandlungen über die Erneuerung desselben haben noch nicht stattgefunden und ist das Schicksal derselben noch ein sehr ungewisses.

Stuttgarter. Am 22. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick über das verflossene Jahr. Versammlungen haben 15 stattgefunden, davon 2 außerordentliche. Als ein ruhiges Jahr könne man das abgelaufene nicht betrachten. Schon letzten Winter konnte man sich auf etwas gefaßt machen, was dann auch zum Plagen kam durch die Bauarbeiterausperrung. Hier müßte der Mehrzahl der Kollegen ein Lob ausgesprochen werden. Schon in der außerordentlichen Versammlung, welche den Tag nach der Aussperrung stattfand, konnte man wahrnehmen, daß auf einmal in die Stuttgarter Steinhauer ein anderer Geist gefahren ist. Sämtliche in der Versammlung Anwesende verurteilten das frivole Vorgehen der Baugewaltigen und sprachen den Aussperrten ihre vollste Sympathie aus. Sie beklagten dieses am besten, als vom Ausschuss bekannt gegeben wurde, daß jeder Steinhauer, welcher in der Zeit der Aussperrung in Arbeit setze, einen wöchentlichen Extrabeitrag von 1 Mk. zu entrichten habe. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen; ebenso konnte man nach der neunten Woche konstatieren, daß bereits alle, die nicht ausgesperrt, arbeitslos oder krank waren, ihrer Pflicht vollständig nachgekommen sind. Er möchte nur wünschen, daß in Zukunft die Versammlungen im allgemeinen besser und pünktlicher besucht werden möchten. Auch wir haben durch unsere Verhandlungen wieder Verbesserungen in unsern Vertrag hineinkommen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so glaube er, daß für die Zukunft sich unser Beruf in Stuttgart wieder etwas hebe, was allerdings zu begrüßen wäre. Der Kassierer machte die Kollegen auf die vorgelegte Jahresabrechnung aufmerksam, ist jedoch gern bereit, nähere Auskunft zu geben. In der Diskussion erklärten die Revisoren, Kasse und Bücher seien immer in bester Ordnung befunden worden, es sei dies ein Zeichen, daß die Kasse in guten Händen gewesen sei. Einige Anfragen an den Kassierer wurden von demselben genau erläutert. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender Nusper, Kassierer Klingler, Schriftführer Wiest, Beisitzer Schmoht und Dürr. Als Gewerkschaftsdelegierter und in die Bauarbeiter-Schutzkommission wurde Nusper bestimmt. Ein Antrag zur Unterstützung kranker ausgesperrter Kollegen von wöchentlich 2 Mk. (auf die Dauer von 5 Wochen) wurde einstimmig angenommen. Die Unterstützung kann natürlich nur derjenige erhalten, welcher laut Statut § 5 Abs. 5 unterstützungsberechtigt ist und mindestens 13 wöchentliche Beiträge in Stuttgart geleistet hat.

Weimar 5. Kassell. Im letzten Vierteljahr haben circa 300 Steinarbeiter aus dem hiesigen Ort sich dem Deutschen Steinarbeiterverband angeschlossen. All die kleinlichen Anschauungen und Vorurteile gegen die Arbeiter und unter diesen selbst treten auch hier zutage. Namentlich sind es einige Gastwirte, die wohl die Groschen einstecken, aber ihren Saal zur Versammlung wollen sie nicht hergeben. Der Gastwirt Herr Bindel, wo die meisten Arbeiter verkehren, meint sogar, es hätte keinen Zweck, dabei liefert er das Bier in den Steinbruch. Nunmehr halten die Kollegen ihre Versammlungen in Kassell ab und lassen den Wirten ihr Bier sauer werden. Ein anderer Wirt meinte, die Arbeiter brächten es gar nicht fertig, vorbei zu gehen, höchstens es sei Zahlung und sie wollten ihre Bezie nicht bezahlen! Wir werden uns dieses merken. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Die Kollegen von Weimar und Umgebung mögen dieses beachten und jene Lokale meiden. Auch hier kann nur Selbstlosigkeit die Wirte milder machen; erst wenn sie an ihrem Selbstbeutel merken, wie ungeschickt sie handeln, dann kommen sie gelassener, aber auch dann mögen die Wirte gemildert werden, und die Kollegen nur in jenen Lokalen verkehren, die mit ihren Anschauungen nicht hinter dem Mond wohnen.

Rundschau.

Christliche Taktik. Das Geschreibsel der christlichen „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ wird einem nachgerade zum Ekel. Die Schriftleitung genannter Zeitung besitzt eine Unverfrorenheit, ja Dickschickigkeit, um die sie nicht zu beneiden ist. Sie faßelt in der Nr. 4 von schlechten Tarifen des Odenwalds und im Muschelkalkgebiet, ohne mit irgendwelchen Beweisen hervorzutreten. Soweit der Odenwaldtarif in Frage kommt, folgert sie jedenfalls ihre Behauptung aus dem Vorgang, daß die Anwendung einer Position Differenzen ergaben, die zu einer Aussperrung führten. Diese christlichen Deutschen haben ja bekanntlich eine merkwürdige Logik, die wir zu bewundern schon oft Gelegenheit hatten. Sie besitzen ja auch ferner so ausgezeichnete Sachkenntnisse, um technische Tarife beurteilen zu können, daß wir uns verstellen müssen. Der Odenwaldtarif ist unsererseits noch niemals als „schlecht“ bezeichnet worden; das blieb den Christlichen vorbehalten. Denn erstens haben sie den Tarif dort nicht mit abgeschlossen, zweitens haben sie den Odenwaldtarif noch niemals in Händen gehabt und drittens verstehen sie nicht davon. Der Muschelkalktarif wird wohl deshalb nichts taugen oder als schlecht bezeichnet, weil Herr Scheibel, christlicher Bezirksleiter in Würzburg, Redenstunden über den Muschelkalktarif abhalten wollte, es aber nicht fertig brachte! Denn so etwas will verstanden sein! Ein altes, berbes Sprichwort sagt schon: Was der Bauer nicht kennt, das ist er nicht! Das heißt auf die Christlichen angewendet: Was sie nicht verstehen, taugt nichts! Auch bei dem Muschelkalktarif haben die Christlichen nicht mitgewirkt. Die Schriftleitung der Christlichen kann kaum Muschelkalkstein von Granitwäse unterscheiden, aber ein Urteil über die Qualität des Muschelkalktarifs, der alle vorkommenden Arbeiten vorsteht, kann sie — abgeben! Lassen wir den Leuten das Vergnügen. Der Begriff, was lächerlich wirkt, ist ihnen bereits seit langer Zeit abhanden gekommen; mögen sie auf ihrer Felsstufe weitergraben. Es ist immer dasselbe Eiserlein, immer dieselbe Verdrehung und Tatsachen auf den Kopf stellen. Als Gegner kann man solche Widerhaken schon gar nicht mehr bezeichnen, es ist mit einem Wort gesagt Unkraut, dem man so nebenbei die Wiltzen abschlägt.

Wie irreführend, ja geschmacklos die christlichen Steinarbeiter über den Ausgang der Aussperrung im Odenwald unterrichtet werden, beweist, daß die Redaktion der „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ ihre Information über die getroffene Vereinbarung und Beendigung aus der Presse nimmt, wo einige Schachtmacher des Verbandes der Granitindustriellen ihren Pyrrhuszug in die Welt hinausposaunten. Dabei hat bereits in Nr. 3 des „Steinarbeiters“ die Vereinbarung im Wortlaut mit einer objektiven Würdigung des Vorganges gestanden. Na, es schimpft sich manches Arbeitervertretung! Je kleiner und nichtsagender der Einfluß, desto größer das Geschrei und das Selbstbewußtsein. Die „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ ist der Typus einer solchen Vertretung. Viel Geschrei und wenig Wille. Die verleumderischen Parabeln erwecken bei andern Heiterkeit, bei uns unsagbaren Ekel!

Ein vorbildliches Vorgehen der Regierung zur Hebung der Steinindustrie wird, wie wir dem „Steinbruch“ entnehmen, aus Passau gemeldet. Die dortige Regierung sandte an den Stadtmagistrat Passau eine Entschließung, nach der in Zukunft bei öffentlichen Bauten Granit verwendet werden soll. Die bayrische Granitindustrie (Haussteinarbeiten) liegt sehr danieder und ist das Vorgehen der Regierung nur zu begrüßen. Vielleicht findet es auch in andern Bundesstaaten Nachahmung.

Der Fichtelgebirgs-Granitindustrie, die ebenfalls in den letzten Jahren zu kämpfen hatte, droht ein neuer Schlag. Eine große deutsche Firma beabsichtigt in der Nähe von Paris ein Granitwerk zu errichten, um so den auf polierten Granitarbeiten liegenden hohen Eingangszoll zu umgehen. Sollte sich diese Zeitungsnote bewahrheiten, dann geht allerdings ein großes Absatzgebiet für polierte Granitwaren verloren.

Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz. Vor dem Landgericht Hof standen am 9. Januar der Steinbruchbesitzer Erd. Geerer von Tröstau und drei weitere Arbeiter aus dessen Betrieb, um sich wegen eines Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten. Die Angeklagten hatten ohne polizeiliche Erlaubnis Sprengstoff aufbewahrt. Dafür wurden sie zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Am 4. Februar stand nun wieder Termin an, wo sich zwei weitere Arbeiter wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten hatten. Zwei elfjährige Jungen hatten Sprengkapseln erlangt, die der eine mit einem Stein zur Entzündung brachte und wodurch er an Hand und Gesicht nicht unerheblich verletzt wurde. Der eine erhielt zu seinen drei Monaten noch einen Monat hinzu, während der andre freigesprochen wurde, da er zu jener Zeit keine Kapseln mehr verwendete.

Uebernatürliche Gewerkschaften. Im dem Streit der Meinungen, wie er politisch und gewerkschaftlich zwischen dem rechten und linken Flügel der Zentrumschriften entbrannt ist, wird der Papst sehr oft genannt. Dieser drängt neben den deutschen Bischöfen auch die christliche Gewerkschaftsbewegung in jene Bahnen, die heute die katholischen Fachabteilungen wandeln. Der Papst, der kein Deutscher ist, deutsche Verhältnisse nicht kennt und kennen kann, schreibt einer deutschen Arbeiterbewegung die Grundsätze und Taktik vor. Die Autorität, die der Papst in kirchlichen Fragen besitzt, soll also auch ausstrahlen auf Dinge, die eigentlich doch außerhalb der kirchlichen Interessensphäre liegen. Um nun den katholischen Arbeitern das Vorgehen des Papstes begreiflich zu machen sowie unter ihnen Oppositionen zu begegnen, bemühen sich katholische Organe, festzustellen, daß der Papst nur Eingebungen übernatürlicher Kräfte folgt. Die katholischen „Canisiusstimmen“ stützt das päpstliche Vorgehen mit folgenden Sätzen:

„Gott hat uns einen außerordentlich übernatürlichen Papst gegeben, den wir nur verstehen, wenn wir ihn mit den Augen des Glaubens ansehen. Alle Erlasse des Papstes haben ihren Grund im Glauben und in der Uebernatur, das ist im heiligen Geiste; sie bezwecken einzig und allein die Ehre Gottes und das Heil der Seelen. Menschliche Beeinflussungen sind bei Erlässungen des Papstes absolut ausgeschlossen. Das wesentliche Werk Pius X. besteht darin, die Katholiken wieder recht katholisch zu machen, das ist die notwendige Vorbedingung zur Erneuerung der Gesellschaft. Der Papst will, daß jene Katholiken, welche entschieden im Glauben und Glauben im Bekenntnis desselben sind, immer mehr vom übernatürlichen Geiste durchdrungen werden.“

Das ist sehr deutlich. Wir sind auf den Augenblick neugierig, wo Stegerwald, Giesberts, Jambusch, Hästes, Effert u. a. sich zum erstenmal als die übernatürlichen Repräsentanten übernatürlicher Gewerkschaften vorstellen werden. Das muß ja förmlich von den christlichen Tribunen dann herabstrahlen! Aber was macht der ruhmstüchtige F. Behrens, wenn ihm als evangelischer Christenführer jener Heiligenschein mangelt, der den christlichen Gewerkschaftsführern so schön stehen wird.

Tarifvertrag und Hausfriedensbruch. Eine namentlich für im Laufe des Unternehmens wohnhafte Arbeiter interessante Hausfriedensbruchgeschichte beschäftigte das Schöffengericht Augsburg. Einem organisierten Brauer war von einem Brauereibesitzer das Betreten seiner Brauerei verboten worden, auch wenn es zum Zwecke des Besuchs dort beschäftigter Kollegen geschähe. Der Arbeiter besuchte trotzdem in der Mittagsstunde einen Kollegen der betreffenden Brauerei, um Erkundigungen über die Durchführung des kirchlich abgeschlossenen Tarifvertrags einzuziehen. Er betrat sich dabei auf folgende Tarifvertragsbestimmung: „Soweit die Arbeitnehmer in der Brauerei wohnen, sind sie berechtigt, während der Mittagspause und vom Feierabend an bis 8 Uhr abends in den vom Arbeitgeber bestimmten Räumen Besuche zu empfangen.“ Der Brauereibesitzer erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und der Arbeiter erhielt einen Strafbefehl über 6 Mark. Nach Antrag auf richterliche Entscheidung kam das Schöffengericht nun sogar zu einer Verurteilung zu 15 Mark Geldstrafe, wobei sich das Gericht auf den Standpunkt stellte, die Bestimmung des Tarifvertrags könne in diesem Falle nicht Platz greifen, weil sich der besuchte Brauer nur unter Tags in der Brauerei aufhalte, nicht aber dort wohne und weil andererseits das Hausherrnrecht, miltiebige Personen fernzuhalten, durch die Bestimmung des Tarifvertrags nicht aufgehoben würde. Eine solche juristische Deduktion würde somit eine im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter und ihrer Organisation im Tarifvertrag aufgenommene Bestimmung illusorisch machen. Im Gegensatz zum Gericht muß man doch ohne weiteres annehmen, daß sich das Besuchsrecht auch auf die nicht in der Brauerei schlafenden Arbeiter erstreckt, solange sie einen Teil ihres Lohnes in Beföstigung und Naturalien erhalten und damit zweifellos auch das Recht haben, die zum Einnehmen der Speisen bestimmten Räume aufzusuchen. Was hilft es dann ferner, wenn der in der Brauerei wohnende Arbeiter zwar das Recht hat, Besuche zu empfangen, die andern aber nicht das Recht, ihn zu besuchen.

Das Kleinpflaster bewährt sich.

Das Kleinpflaster konnte sich in Deutschland nur mühsam Bahn brechen. Die Baubehörden standen diesem Pflaster skeptisch gegenüber, weil sie fürchteten, es könnte einen regen Verkehr nicht ertragen. In der Zeitschrift für „Kommunalwirtschaft“ finden wir nun folgende interessante Darstellung:

Die Stadt Düsseldorf fand es zweckmäßig, „mit der Verwendung von Kleinpflaster zu warten, bis die anderswo gemachten Erfahrungen seine Brauchbarkeit für die endgültige Anwendung dargelegt haben“. Sie wandte sich wiederholt an verschiedene Städte und erhielt in letzter Zeit folgende Urteile:

1. Der Magistrat von Frankfurt a. M. schrieb unterm 22. September 1910: „Das im Jahre 1901 abgegebene günstige Urteil über Kleinpflaster hat durch die in den nachfolgenden Jahren gemachten Erfahrungen seine Bestätigung erhalten. Hauptächlich wurden Straßen, die früher chauffiert waren, nach und nach in Kleinpflasterstraßen umgewandelt. Wir werden diese Pflasterart auch in Zukunft beibehalten.“

2. Der Magistrat von Wiesbaden schrieb unterm 11. September 1910: „Unsere Beurteilung des Kleinpflasters hat sich nicht geändert. Nach den Erfahrungen, die wir damit gemacht haben, eignet sich sorgfältig hergestelltes Kleinpflaster für jeden Verkehr. Wir haben in den letzten Jahren eine ganze Anzahl bestehender Chaussees mit Kleinpflaster überzogen und werden dieses Pflaster auch ferner verwenden.“

3. Bremen, wo bis zum Jahre 1906 rund 44 000 Quadratmeter Kleinpflaster verlegt worden sind, teilte mit: „Es ist ein recht lebhafter Verkehr mit Wagenlasten von 5000 Kilogramm Gewicht. Lasten von 6000 Kilogramm kamen selten vor. Der Verkehr ist recht lebhaft. Erhebliche Unebenheiten haben sich nicht gezeigt. Geräusch ist nicht sehr hart.“

Auch die Düsseldorfische Baukommission kam inzwischen einstimmig zu der Ansicht, „daß das Kleinpflaster auf Wohnstraßen und Straßen mit keinem großen durchgehenden Verkehr zu verwenden sei und hat seine Verwendung für eine Reihe von Straßen vorgeschlagen“. Notwendig sei allerdings ein fester Unterbau und die Vermeidung von nachträglichen Straßenaufbrüchen.

Quittung.
Eingegangene Gelder vom 6. bis mit 11. Februar 1911.
Schwerin, B. 14.10. Merseburg, B. 10.90. Arnstadt, B. 5.—
Obernhan, B. 2.40. Bunsfelde, Ins. 5.60 (Granitwerk). Markt-leuthen, E. 1.—, K. 1.—. Kirchheim, B. 448.50. Göttingen, B. 68.46, K. 6.80. Bonn, B. 53.—, K. 2.30, M. 0.80. Aunfirchen, B. 96.20, K. 3.80. Eibelfstadt, B. 154.98, K. 0.40. Gommern, B. 234.—, E. 7.—, K. 0.30. Salsicht, B. 798.—
Söbjeun, B. 148.94, E. 13.50, K. 6.35, M. 2.60. Tröstau, B. 81.60, K. 15.—. Unfen, B. 252.—, K. 0.40. Bunzlau (Roth), 22.40. Peine, B. 12.20. Jever, B. 6.20. Stavenhagen, B. 2.50. Minden, B. 18.—. Dittelsdorf, B. 11.—. Fürstberg, B. 4.60. Tachbad, B. 3.—. Osnabrück, Ins. 5.60. Emden, B. 8.40. Dziergowitz, B. 6.—. Ziegelanger, B. 40.—. Burgen, B. 294.—. Schoploch, B. 14.—. K. 19.60. Heppenheim, B. 23.50. Gotha, K. 10.—. Blaubeurg, M. 2.60. Breitenborn, B. 40.—. Droyßig, B. 3.—. Subitz, B. 2.—. Jena, Ins. 2.50.
Ludwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Die Adresse des Steinsehlers Richard Reime, geboren zu Neustadt bei Meissen wolle man an die Redaktion des Steinarbeiter übermitteln.
Baugen. Die Interimskarte Nr. 6339, auf den Namen Valentin Dösch, geb. am 21. Januar 1890, lautend, ist dem Platzkassierer abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Die Ortsverwaltung.
Gotha. Alle zureisenden Kollegen werden ersucht, bevor sie um Arbeit ansprechen, sich im Volkshaus (Herberge) zu melden.
Hannover. Sämtliche zureisende Kollegen haben sich, bevor sie um Arbeit ansprechen, beim 2. Vorsitzenden, G. Labor in Herrenhausen, Wertplatz Kaufholz, zu melden.

Briefkasten.

An einzelne Ortsverwaltungen. Wenn am Ort eine Lohnbewegung eingeleitet ist, braucht doch nicht gleich die Sperre verhängt zu werden. Erst wenn sich die Verhältnisse zuspitzen, die Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind, kann eventuell Sperre in Frage kommen. — Todesanzeigen werden nur aufgenommen, wenn dazu die Statistik-Formulare benutzt werden. Zahlstellen die nicht im Besitz solcher sind, mögen vom Vorstand diese verlangen. — Oßsch a. N., Hohenleuben, Rembach, Blaubeurg, Neubau. Berichte waren auf beiden Seiten besorgend, deshalb nicht veröffentlicht. — Eigenbühl, Gößenheim, Rüders. Bericht ist wirklich zu winzig; deshalb abgelehnt. — Wartbreite. Der Betreffende muß Erwerbslosenmarken zahlen oder neu eintragen. —

Einige Berichte und Artikel mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 5 Uhr
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c
Kombinierte Versammlung mit Frauen
der Sektion II (Marmorarbeiter.)
Tagesordnung:
Vortrag d. Genossen Billy Siering über: Die politische Lage.
Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein.
Dazu sind die Kollegenfrauen und solche, die es werden wollen, ganz besonders freundlich eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Schürzen

Hausmachereien, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Perfekter Maschinenschleifer

der auch bunte Marmorarten meisterhaft fitten kann, gesucht.
Gefällige Angebote mit Angabe früherer Tätigkeit und Lohnansprüchen an
Emil Plottner, Lübecker Granitindustrie.

Tüchtige Marmorhobler und Polierer

für dauernde Beschäftigung sucht
Vereinigte Fichtelgebirgs Granit-, Syenit- und Marmorwerke, A. G., Wunsiedel, Werk Seussen.
Tüchtige Granitschleifer
Granitwerk Hermann Conradus, Jena.

4 tüchtige Steinmetzgehilfen

auf Reistearbeiten werden sofort bei gutem Lohn gesucht.
Heinrich Herda, Steinmetzmeister
Arnstadt (Thüringen.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet wurden.)
In Weissen am 2. Februar, der Kollege Emil Nidisch, 34 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
In Wittweida am 6. Februar der Kollege Max Schulz, 40 Jahre alt, an Nierenleiden.
In Mühlhausen (Elsaß) am 6. Februar der Kollege Johann Bosh, 49 Jahre alt, an der Verurkranktheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staüdinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Pflastersteinzollrummel.

VII.

Dr. Steuer über die Lage der deutschen Pflastersteinindustrie.

Im Mittelrheinischen Architekten- und Ingenieurverein zu Darmstadt hielt kürzlich Bergtrat Dr. Steuer einen Vortrag über das Thema: Die Lage der deutschen Pflastersteinindustrie. Herr Dr. Steuer sagte nun unter anderem:

Welche Gesteine eignen sich in Deutschland zu Pflastersteinen? Da sind zunächst die körnigen Gesteine zu nennen, namentlich der Granit, sodann der Syenit (z. B. Odenwald, Sachsen) und der Diorit. Auch Diabas wird viel angeboten, dieser muß aber vor der Verwendung genau gepriift werden. Wenn er frisch ist, ist er sehr hart und zäh, teilweise verwittertes und zerfestes Material ist mit Vorsicht zu gebrauchen, es eignet sich jedenfalls nur für Straßen mit schwachem Verkehr, da es sich rasch abschleift. Endlich kommt noch Gabbro in Betracht. Von den dichteren Gesteinen sind in erster Linie Quarzporphyr und Porphyrite, Melaphyr und Basalt anzuführen, sodann noch Phonolit und Trachyt. Auch gewisse Sedimentgesteine, die grob oder feinkörnig sind, wie Quarzit und die Grauwacke, sind geeignetes Pflastermaterial, ebenso können gewisse Kalksteine brauchbar sein, namentlich wenn sie Sandförmig enthalten und der Kalk nur das Bindemittel ist. Welchem der Gesteine der Vorzug zu geben ist, darüber sind die Ansichten verschieden, es ist mehr oder weniger Modefrage. Vor 25 Jahren war z. B. Basalt sehr bevorzugt. Er ist aber in Mißkredit gekommen, weil auch minderwertiges Material verwendet wurde. Der dicke Basalt glättet sich sehr stark, weil eine ganz gleichmäßige Abnutzung seiner unregelmäßigen Härtegrade besitzenden Bestandteile Feldspat und Kugit stattfindet. Seine Verwendung als Pflastersteine ist daher nicht überall angezeigt; dagegen ist er sehr verwendungsfähig zu Kleinpflaster und Kleinschlag. Im übrigen sind die dichten Basalte sehr zäh, es dürfen natürlich keine sogenannten Sonnenbrenner sein, was vielfach der Fall ist.

Man erkennt die Güte eines Gesteins am besten und sichersten in den Dünnschliffen. Die Dünnschliffmethode ist schon 10 Jahre bekannt, hat aber in den technischen Kreisen leider noch nicht genügend Eingang gefunden. Und doch ist das Verfahren nicht schwer; das, was der Ingenieur unter dem Mikroskop zu sehen braucht, kann er sehr bald unter Anleitung eines Geologen erlernen. Es kommt darauf an, zu erkennen, welche Zusammensetzung und welches Verhältnis in der Anordnung und Menge der wesentlichen Gemengteile und welche Färbung der Stein besitzt, das letztere zeigt sich im Mikroskop an gewissen Farbtönenunterschieden und an Neubildungen, an denen man die Anzeichen der Verfestigung beobachten kann. Ferner enthält jedes Gestein Eisenerz. Ist eine Verfestigung eingetreten, so ergreift sie in der Regel das Eisen sehr rasch, es wird in Hydroxyde übergeführt und wird von den kohlensauren Gemengteilen auf den ganzen Stein verteilt, soweit er durch Verfestigung angegriffen ist. Diese Vorgänge lassen sich im Mikroskop sehr scharf erkennen und beweisen, daß der Stein nicht mehr frisch, nicht mehr erstklassig ist.

Was nun die schwedischen Gesteine anlangt, so sind diese in ihrer Verwendung zu Pflastersteinen nicht besser als die deutschen. Die Granite des Fichtelgebirges, des Böhmerwaldes, der Jagellen, des Schwarzwaldes und des Odenwaldes, auch des Harzes, Sachsens und Schlesiens zeigen dieselben Druckfestigkeiten wie der schwedische Granit. Hier ist übrigens zu bemerken, daß gewisse hohe Druckfestigkeitszahlen in den Attesten unter Umständen wertlos sind, da die Bestimmungen oft um Jahre zurückliegen und die Verhältnisse in dem Steinbruch je nach Lage des Gesteins oft ganz verschieden sind. Man hat also gar nicht die Gewähr, daß das frühere Attest für das nun zu verwendende Gestein zutrifft. Es müßte deshalb, namentlich bei großen Verfestigungen von der Inaugenscheinnahme der Steinbrüche durch die unabhängigen Baubeamten, eventuell unter Mitnahme eines Sachverständigen, mehr Gebrauch gemacht werden, als dies heute noch der Fall ist.

Zu den Ausführungen des Herrn Dr. Steuer möchten wir bemerken, daß er uns zu theoretisch gesprochen hat. Er hätte sagen müssen, daß die hohe Druckfestigkeit eines Gesteins noch lange nicht ausschlaggebend ist für die Güte von Pflastersteinen. Jeder Pflastersteinarbeiter weiß, daß die härtesten Granite, welche aber eine gute Spaltbarkeit erweisen lassen, niemals erstklassiges Pflastersteinmaterial abgeben. Im Fichtelgebirge haben wir hervorragende Granite zu Hausteinzwecken, aber wo sind denn die Materialien, die zu Pflastersteinen Verwendung finden können? Gewiß, in einigen Brüchen werden dort Pflastersteine angefertigt (Selb und Gefrees), aber

die Massenproduktion kann eben nicht in Frage kommen. Wir kennen eine Firma des Fichtelgebirges, welche vor etwa zwei Jahren zur Pflastersteinherstellung überging, aber welche Stadtbaubehörde sollte denn die Steine mit den 2—3 Zentimeter starken gelben Streifen abnehmen? Wenn diese Firma den Pflastersteinbetrieb wieder einstellen mußte, so lag das sicherlich nicht an der schwedischen Konkurrenz, sondern an der völligen Untauglichkeit des Rohmaterials.

Der rote Meißner Granit läßt sich vom Steinmehrer sehr nett bearbeiten, auch ist die Polierfähigkeit eine große. Der Steinbruchbesitzer Köhler wollte vor etwa sechs Jahren die Pflastersteinproduktion im großen betreiben, ja er ließ sogar 28 Schlagmaschinen aufstellen, um mit Schlestern konkurrenzfähig sein zu können. Köhlers Bemühungen waren erfolglos. Wir sagen: zu unserm Bedauern. Der Meißner Granit hat eine schlechte Spaltbarkeit und die hohe Druckfestigkeit nützt nichts, wenn die Pflastersteine sehr umständlich mit dem Spitzelisen bearbeitet werden müssen. Wenn Herr Dr. Steuer unsere Kollegen bei ihrer Arbeit eingehend beobachten würde, so würde ihm nicht entgehen, daß diejenigen Steine, die wenige Spitzelhiebe aufweisen, meist in die 1. und 2. Klasse rangiert werden. Die schlesischen Pflastersteinbohrer haben es nicht nötig, ihre Steinarten erst mit dem Spitzelisen richtig zu traktieren, und doch stellen sie nur Qualitätsware her. — Die Granite in Striegau, Ströbel, Strehlen, Groß-Rosen, Tschirnitz, die alle in Schlestern gewonnen werden, eignen sich vorzüglich zur Verarbeitung von Pflastersteinen; dagegen kann der beste Pflastersteinbohrer aus dem Granit, welcher in Kappelrodeck, Ringelbach, Waldbum (Seebach ausgenommen) gewonnen wird, keine Qualitätsware herstellen. Es werden die Kopfflächen stark gewölbt sein, überdies entstehen große Fugen, so daß im verfestigten Zustand die Straße recht holprig sein wird. — Es ist eben nicht angebracht, daß überall dort, wo ein Granitfels „herausguckt“, sofort ein Steinbruch angelegt wird. Ist das Gestein richtig und steht es nicht in großen Massen an, so können ohne weiteres Werkstücke kaum mit Vorteil gebrochen werden. Also, heißt die Lösung: wird mit der Pflastersteinproduktion begonnen, da kann ja den Stichen ausgewichen werden. Vielleicht hat vordem eine Materialprüfungsanstalt attestiert, daß der Granit in X. eine hohe Druckfestigkeit hat, so scheinen die Verhältnisse gegeben zu sein, um Pflastersteine herstellen zu können. Daß der Stein sehr „zäh“ ist und einen „schlechten Gang“ besitzt, kennen die Herren Professoren nicht, weil sie meist nur mit dem Stockhammer gearbeitete Würfelproben. Der Steinbruchbesitzer nun pocht auf sein glänzendes Attest, welches von einem königlichen oder großherzoglichen Professor unterzeichnet ist, und die „Mustersteine“ werden an die städtischen Behörden versandt. Inzwischen sind auch Ausschreibungen erfolgt, der Steinbruchbesitzer macht seine Offerte, aber ein Zuschlag erfolgt nicht. Die Baubehörde hat nach eingehender Betrachtung des Mustersteins ein Etikett an denselben anbringen lassen, welches lautet: Für die 1., 2. und 3. Klasse ungeeignet. Die Umgrenzungskanten der Kopffläche zeigen Wellenlinien, die Ecken sind unsharp, die Seitenfugen sehr bucklig.

Wir können es den Behörden nicht verdenken, wenn sie an Pflastersteinmaterialien große Anforderungen stellen. Wenn alle untauglichen Gesteine zugelassen würden, so würde bei den heutigen Verkehrsverhältnissen der Asphalt erst recht Verwendung finden. Wenn beispielsweise die schwedischen Unternehmer aus dem polierfähigen hochroten Granit Pflastersteine herstellen wollten, wahrhaftig, sie könnten nach Deutschland keine Tonne exportieren. Und doch kostet dieser schöne Granit pro Kubikmeter 300 Mk., aber für die Pflastersteinproduktion ist das Material förmlich ungeeignet.

Herr Dr. Steuer, welcher sicherlich ein tüchtiger Geologe genannt werden muß, würde gut tun, wenn er in den Kreisen der Steinindustriellen auf die von uns gemachten Einwürfe eingehen würde.

Berliner Bautenrummel.

Zurzeit herrscht in der Bauwelt Berlins ein reges Treiben. Wohin man seine Schritte lenkt, findet man Bauleute an der Arbeit. Die einen reifen ab, die andern bauen auf. Vielfach müssen Gebäude weichen, die erst vor wenigen Jahren entstanden und solche, die noch viele Jahre ihren ursprünglichen Zwecken dienen könnten, um neuen Bauwerken Platz zu machen. Große Abstandssummen werden an die Besitzer der betreffenden Gebäude gezahlt. Auch kommt es vor, daß sich die beiden Parteien nicht einig werden, so z. B. jetzt bei dem Wertheimischen Erweiterungsbau in der Leipziger Straße. Der Besitzer eines dem Abbruch verfallenen Hauses verlangt für seine Einwilligung zum sofortigen Abriß desselben 250 000 Mk. Entschädigung für die ihm bis zum Oktober 1913 entgehenden Einkünfte des Hauses. Wertheim will ihm dagegen nur 75 000 Mk. geben. Nach einem Gerichtsbeschlusse darf nunmehr der Abriß des Hauses nicht vor dem 1. Oktober 1913 erfolgen. Hierdurch leidet natürlich der Bauplan der Firma Wertheim ganz außerordentlich.

Zeit ist Geld. Jeder Tag nach der Fertigstellung des Neubaus bringt seinem Besitzer Nutzen, wie jeder Tag der Verzögerung den entsprechenden Ausfall bringt. Daher ist auf fast allen Bauten vom Tage der Inangriffnahme bis zu ihrer Vollendung ein Hasten an der Tagesordnung, welches allen Baubefehlenden, vom Erdarbeiter bis zum Architekten zu schwerem Nachteil gereicht. Ihre Muskeln und Nerven werden schnell zermüht. Doch was kümmert das die Besitzer und Spekulant. Sie halten sich schadlos. Schwere Konventionalstrafen werden den ausführenden Firmen auferlegt, oder besser gesagt, lassen sich dieselben auferlegen für den Fall, daß die übernommenen Arbeiten nicht zu einem bestimmten Termin fertig werden. Die Hauptsache ist die, daß sie den Bau überhaupt erhalten. Es gilt daher nicht nur im Preise zu konkurrieren, sondern auch den Schnelligkeitsrekord zu erringen. So entwickelt sich eine ununterbrochene Treiberei vom Baumeister als Oberleiter bis zum Bize-Bize-Polier. Dieser Zustand ist unter „normalen“ Verhältnissen noch erträglich. Tritt jedoch Materialmangel, Frost oder ein sonstiges unvorhergesehenes Ereignis ein, und gilt es dann nach Behebung desselben den Bezug wieder einzuholen — ach, du armer Arbeiter, dann — — —

Doch beginnen wir den „Bummel“. In nächster Nähe unsres historischen Versammlungsorts „Englischer Garten“ baut die Postverwaltung ein ansehnliches Gebäude. Man sieht die Mahnung des verstorbenen Reichskanzlers Bülow „zu sparen“ streng befolgt. So wenig wie möglich Naturstein, und vom allerbilligsten. Zuffstein. Nur die Portale sind aus Muschelkalk gefertigt. Vier Kollegen und drei elektrische Krane bringen den Bau hoch, natürlich mit den Mauern und sonstigen Arbeitern gemeinsam. Die Ausführung hat die Firma P. Wimmel u. Co. Daneben baut die Firma Wetter ein Geschäftshaus. An diesem streifte vor einigen Wochen die — elektrische Krananlage. Auch an diesem Bau sind nur vier Kollegen beschäftigt. Eine Anzahl möglichst glatte, in Schaufensterbreite auseinanderstehende, vom Erdboden bis unter das Dach reichende Pfeiler — in den Stagenhöfen die notwendigen Verbindungen — und die moderne Fassade ist fertig. Natürlich muß sie auch noch von Muschelkalk sein.

Gehen wir nach dem Alexanderplatz. Hier sind in aller-nächster Nähe drei Bauten. Nehmen wir zunächst den „Kleinsten“, der Firma Bahn, Spezialgeschäft für Kleiderstoffe, gehörig. In einem Schaufenster des alten Hauses (welches nach Fertigstellung des ersten Teiles des Neubaus ebenfalls der Pade zum Opfer fällt, um neu zu erheben) ist das Gipsmodell des neuen aufgestellt. Die Vorderfront wird aus Muschelkalk ausgeführt. Wohlthuend wirkt hier die etwas reichhaltigere Profilierung. Zurzeit sind drei Kollegen an dem Bau tätig.

Schräg über dem Damm, hinter dem Standbild der „Vergilina“, erhebt sich der Kolossalbau des Warenhauses Tietz. Anfänglich nur einen Teil am Alexanderplatz einschneidend, wurde bald die Vergrößerung des Gebäudes vorgenommen, bis im vorigen Jahre ein ganzer Häuserkomplex niedergegriffen wurde, auf welchem jetzt der Anbau im Gange ist. Hier macht die Firma Zeidler das „Rennen“. Den fertigen Teil des Nebengebäudes hatte die Firma Blöger aufgeführt. Warum sie diesen nicht auch erhalten hat? Vermutlich weil sie unterboten worden ist. Doch das soll uns kalt lassen. Wissen wir doch, daß sich die Herren eins sind, wenn es gegen unsere Forderungen Front zu machen gilt. — Augenblicklich werden die eisernen Krane errichtet (haben an der Zahl), zum Aufschieben der Werksteine. Wie die Galgen ragen sie in schwindelnde Höhe. Auf der äußersten Spitze eines solchen ist gerade ein Arbeiter damit beschäftigt, das Drahtseil über die Rolle zu leiten. Ist das geschieden, so kann die elektrische Kraft in Funktion treten. O, du gute, alte Zeit der Handwinden. Kaum soviel Wochen sind heute notwendig, einen Bau unter Dach zu bringen, wie vor 10 bis 15 Jahren Monate. — Bis zur ersten Etage wird Kirchheimer Muschelkalk verwandt, dann folgt Zuffstein. Infolge der besonders schwierigen Funda-

Das Pyrus über die Steine und Steinverwendung sagte.

III. (Schluß).

17.

Auch von den Labyrinthinen⁸⁵, diesen seltsamsten aber nicht, wie man glauben möchte, falschen (erdichteten) Werken des menschlichen Geistes, müssen wir handeln. Noch jetzt nämlich findet sich ein solches in dem herakleopolitischen Bezirke ägyptens, welches zugleich das älteste und angeblich vor 4000 Jahren von dem Könige Petesuchus oder Tithoes erbaut; während Herodot sagt, es sei von 12 Königen, deren letzter sammetisch gewesen, erbaut worden. Die Ursache seiner Erbauung wird verschieden angegeben. Demoteles meint, es sei ein Reliquium des Mothesubdes gewesen, nach Lycas war es das Grabmal des Moeris, nach mehreren Andern der Sonne zu Ehren errichtet und letztere Angabe findet am meisten Glauben. Es Daedalus Labyrinth war also nach dem ägyptischen das dritte, das dritte befand sich auf Lemnos, das vierte in Italien. Alle waren von polierten Steinen gewölbt gebaut, das ägyptische

⁸⁵ Sogenaunte Labyrinth waren im Altertum mehrere benannt. Das ägyptische liegt in der Nähe der heutigen Stadt edinat al Fayum und soll ein Palast gewesen sein von je 4 Meter Länge und Breite mit 3000 Zimmern. Ohne Führer und sich niemand aus ihm heraus. Ein weiteres Labyrinth war auf der Insel Kreta, erbaut von König Daedalus. In diesem soll ein vom Herkules überwältigtes Ungeheuer mit Menschenleib und Stierhaupt gefangen gehalten worden sein. Daraus, ein athenischer Königssohn, tötete das Ungeheuer und wurde durch den Hades eines aufgerollten Knäuels, den ihm die ägyptische Königstochter Ariadne gegeben hatte, wieder heraus. Neuere Forschungen haben an der bezeichneten Stelle aber nur einen weitverbreiteten großen Steinbruch entdeckt. Endlich befand sich in Clusium in Italien das Grabdenkmal des vor-mittleren Königs Porosenna, welches ebenfalls eine labyrinthische geheure Ausdehnung hatte, dessen Existenz aber nachgewiesen ist.

hat am Eingange parische Steine (was mich wundert), im übrigen aber besteht sein Material aus großen Blöcken von Syenit und selbst Jahrhunderte konnten es nicht zerstören, obgleich die Herakleopoliter das Jhrige dazu beigetragen haben, ein ihnen verhaftes Werk zu beschädigen.

18.

Ein wahrhaft bewundernswürdiges Denkmal griechischer Pracht ist der Tempel der Diana zu Ephesus, an dessen Bau sich ganz Asten 120 Jahre lang beteiligte.

19.

Doch jetzt will ich Wunder mitteilen, die als echte und würdige anerkannt werden müssen und den König D. Marcins zum Schöpfer haben. Er bekam vom Senate den Auftrag, die Wasserleitungen des appischen Baches, des Anio und der Tepula auszubessern und stellte während der Zeit seines Amtes als Prätor eine neue nach ihm benannte Leitung in Bergen angelegte Kanäle her. Agrippa führte als Neidil noch die Aqua Virgo hinzu, leitete sie mit den übrigen in ein Bett, korrigierte den Lauf, legte 700 Bassins, 105 Springbrunnen und 130 Brunnenlästen an, von denen sehr viele prachtvoll ausgeführt wurden; setzte auf alle diese Werke 300 ergene oder marmorne Statuen und 400 Marmorfäulen und das alles geschah in einem Jahre. Er selbst sitzt in seinem amtlichen Berichte noch hinzu, er habe 59 Tage lang Spiele halten lassen und 170 Bäder umsonst für das Volk eingerichtet; die Zahl der Bäder ist aber seitdem in Rom ins Unendliche gestiegen. Die früheren Wasser-

⁸⁶ Tempel der griechischen Göttin der Jagd, Diana, brannte 356 v. Chr. nieder und wurde zum größten Prachtbau des Altertums wiederhergestellt, so daß auch er zu den sieben Weltwundern zählte.

⁸⁷ Ancus Marcius, römischer König, legte um 700 v. Chr. die erste römische Wasserleitung an. Agrippa, Marcus Vip-sanius, Feldherr und Staatsmann, erweiterte sie 31 bis 12 v. Chr. Kaiser Cajus Cäsar, genannt Calicula, (37 bis 41 n. Chr.) begann die letzte Vergrößerung, die unter Kaiser Claudius (41 bis 54 n. Chr.) vollendet wurde.

⁸⁸ Prätor, römischer Oberrichter.

leitungen übertrafen aber an Unkosten das neueste derartige Werk welches vom Kaiser Cajus angefangen und von Claudius vollendet wurde. Man führte nämlich vom vierzigsten Meilensteine an die Curtiusche, die blaue Quelle und den neuen Anien zu einer solchen Höhe hinauf, daß sie auf alle Berge der Stadt gelangen konnten. Die Ausgaben dafür betragen 44 500 000 Sesterzen. Wenn man die große Menge Wasser an öffentlichen Orten, in Bädern, Fischteichen, Häusern, Kanälen, Gärten, den Gütern bei der Stadt, Landhäusern, dann die zu dessen Verteilung gebauten Stagen, durchgrabene Berge und gebaute Täler mit Aufmerksamkeit betrachtet, so muß man gestehen, daß die ganze Welt kein größeres Wunderwerk aufzuweisen hat. Unter die besonders merkwürdigen Werke des Claudius rechne ich auch — obgleich es durch die Mißgunst seines Nachfolgers unvollendet geblieben ist — die Durchgrabung eines Berges zum Ableiten des lucinischen Sees.⁴⁰ Die Arbeit dauerte viele Jahre lang und nahm unendliche Summen und zahlreiche Arbeiter in Anspruch, denn teils mußte da, wo der Berg erdiger Natur war, das zusammengelaufene Wasser durch oben aufgestellte Maschinen herausgehöpft, teils das harte Gestein ausgehauen werden und alles dieses geschah innerhalb des Berges im Finstern.

20.

Der Schiefer- und der Blutstein haben eine gewisse Verwandtschaft mit einander. Der Blutstein findet sich in Bergwerken und sieht gebrannt dem Minium ähnlich; man brennt ihn wie den phrygischen Stein, ohne ihn jedoch im Wein abzulösen. Mit Schiefer verfälschten Blutstein erkennt man an den roten Adern und der leichten Zerreiblichkeit.

21.

Ich gehe nun zu den Steinen, deren sich die Handwerkerleute bedienen und zunächst zu den Weßsteinen, womit das Eisen geschärft wird, über. Es gibt deren mehrere Arten; die Kretischen behaupten schon lange den ersten Rang, dann folgen die Iaton-

⁸⁹ Euripi, hatten ihren Namen von der Meerenge bei der Insel Euboea.
⁹⁰ Lago di Celano.

mentierungsarbeiten (eine im Bau befindliche Untergrundbahn führt direkt an den Fundamenten vorbei) ist der Hochbau noch nicht so recht in Gang gekommen. Nur fünf Steinmehren steht man auf dem zierigen Komplex.

Nach Dieß folgt Wertheim. Ebenfalls ein Wohnhaus, und zwar das Bedeutendste. Hier feiert der Beton- und Eisenbetonbau seine Triumphe. Mächtige Fundamentierungsarbeiten waren notwendig, bevor der Oberbau begonnen werden konnte. Diesem Geschäftspalast mußten sogar die altberühmten „Königskolonnaden“ weichen, die allerdings an dem verkehrreichen Alexanderplatz längst zu einem Verkehrshindernis geworden waren. Sie finden ihre Wiederaufstellung durch die Firma Wimmel im alten Botanischen Garten in der Potsdamer Straße. Ueber den Bau Wertheim schreibt der „Steinbildhauer“: Von der Größe dieses Kaufhauses kann man sich einen Begriff machen, wenn man in Betracht zieht, daß die bebauten Grundfläche zirka 4700 Quadratmeter beträgt. Das Kaufhaus steht von allen vier Seiten frei und wird von allen Seiten mit Werkstein bekleidet. Die vier Fronten haben mit allen Vorlagen und Rücksprüngen eine Länge von zirka 340 laufenden Metern. Die Hauptfront der Königsstraße mit den beiden Seitenfronten nach der Stadtbahn und Neuen Friedrichstraße bis zu den Risaliten wird in Heuschauer Sandstein ausgeführt, im übrigen das gesamte Erdgeschoß aller Fronten in Deutmannsdorfer Sandstein, und die Obergeschosse in Cottaer Sandstein. Insgesamt werden zu diesen Fronten zirka 3200 Kubikmeter Werkstein verwendet, wovon zirka 2000 Kubikmeter die Firma Niggel u. Pesse liefert, welche bis zum 15. Mai 1911 vollständig verarbeitet sein sollen, eine Leistung, welche bisher an keinem Bau in Berlin verlangt worden ist. Um diese Leistung zu ermöglichen, werden 14 Stück elektrisch betriebene Aufzüge eingerichtet. Bei den größten bisher in Berlin zur Ausführung gekommenen Bauten, dem Reichstagsbau und Dom-bau, sind derartige Anforderungen an die Leistungsfähigkeit einer Steinmehrfirma nicht gestellt worden. — Außer Niggel u. Pesse sind die Firmen C. Dittmer und Ph. Polzmann an diesem Meilenbau beteiligt. Für die Berliner Kollegenschaft fällt auch hier wieder herzlich wenig ab. Alle drei Firmen haben insgesamt an diesem Bau elf Kollegen beschäftigt.

Gehen wir weiter. Gegenüber dem „Roten Hause“ (Berliner Rathaus) steht der Geschäftspalast der Firma Israel. Auch dieser erhält einen umfangreichen Anbau durch die Firma Wimmel u. Co. Der neue Teil schließt sich dem alten würdig an. Die Pfeiler sind bis zu zirka 3 Meter Höhe aus schlechtem Granit. Auf ihnen baut sich die reich gegliederte Fassade auf, und zwar in der Hauptfront aus Heuschauer, in der Seitenfront aus Rad-witzer Sandstein. In Tätigkeit sind hier außer den Arbeitern anderer Berufe vier Kollegen. Drei elektrisch betriebene Krane versehen den Aufzug.

Am Werderischen Markt, gegenüber der Reichsbahn, führt das Kaufhaus Verjon einen Erweiterungsbau aus weißem Warthauer Sandstein auf. Drei Kollegen der Firma Zeidler versehen das immer seltener zur Anwendung kommende Material. Hier kann man auch mal wieder eine verbundene Mästung und zwei Schiebehühnen bewundern. Auch dieser Bau unterscheidet sich vorteilhaft (im beruflichen Sinne) von den modernen Pfeilerbauten, durch reichlichere Verwendung des Steines.

In der Behrenstraße hat die Firma Gebr. Huth einen größeren Bau von sächsischen Sandsteinen (Herrenleithe und Cotta). Die Dresdner Bank nimmt hier eine Erweiterung ihres Gebäudes vor. In diesem Bau waren sechs Kollegen beschäftigt.

Gegenüber hat die Diskontogesellschaft ein Gebäude errichten lassen. Dasselbe ist bereits im Rohbau fertiggestellt. Die Innendekoration liegt zum Teil in Händen der Firma Kiefer. Sechs Kollegen versehen hier zurzeit die Heizkörperbeheizungen aus Untersberger Marmor. Leider konnte sich die Firma Kiefer bisher immer noch nicht dazu bequemem, den in Berlin üblichen Verfeinerlohn zu bezahlen. Dabei führt der Vertreter dieser Firma laute Klage über die Schmutzlohnkurve — ander.

Dem Umfängreichen des Geschäftswesens konnte sich die vornehme historische Straße Unter den Linden nicht entziehen, und die Bezeichnung „Zollernhof“ für ein auf diesem geheiligten Boden errichtetes Bureauhaus wird die Aristokraten vom edelsten Geblüte kaum zu trösten in der Lage sein. Der „Zollernhof“ erhält Unter den Linden eine Kalkstein- und an seiner hinteren Front in der Mittelstraße eine Zuffsteinfassade. Drei elektrische Krane besorgen den Aufzug und drei Kollegen das Versehen der Werkstücke.

Das andre Unter den Linden befindliche Bureauhaus nennt sich „Römischer Hof“. Ob diese Bezeichnung etwa an den einstigen Verfall des römischen Kaiserreiches gemahnen soll? — Auf einem Granitsockel wird sich hier ein Bau von weißem Mainfandstein erheben. Vier Krane sollen zur Aufstellung kommen. Bis jetzt ist erst ein Kollege beschäftigt. Beide Bauten werden von der Firma Wetter ausgeführt.

Der Vollständigkeit halber besuchen wir noch einen Kunststeinbau, das „Zuggerhaus“, ebenfalls ein Bureauhaus in der Eintrachtstraße. Die Fassade dieses Hauses ist von Zuffstein, das Treppenhaus jedoch von oben bis unten von Kunststein, und zwar ornamentierte Wände und Decken, kannelierte Säulen und Treppen nebst Wangen. Sämtliche Anstrichflächen erfahren eine steinmehrmäßige Bearbeitung. Zurzeit hat die Firma Czarnikow u. Co hier 28 Steinmehren beschäftigt.

Für die Berliner Kollegen kommt also die Verbreitung des Kunststeines weniger schädigend zum Vorschein. Wenn wir nicht das allgemeine Berufsinteresse im Auge hätten, so wäre man leicht versucht zu wünschen, daß die Verwendung von Kunststein immer größere Kreise ziehen möchte; um so mehr, als unsere Steinmehrer, voran die zur Hebung des Handwerks in der Innung vereinigten, bereits dazu übergegangen sind, selbst Er-

schien aus dem Berge Taggetus“, zu beiden muß man aber Del nehmen.

22. Von den übrigen zahlreichen Steinarten ist der **T o f f e i n** seiner bedeutenden Mürheit wegen zu Gebäuden nicht zu gebrauchen. In manchen Gegenden, z. B. bei Karthago in Afrika, findet sich aber kein anderes Gestein als dieses. Er wird durch die Winde des Meeres angegriffen, durch den Wind zerbrochen und durch den Regen zermalmt. Man schlägt ihn aber dadurch, daß man die Wände auspicht, denn auch der Mauerkalk frisst ihn an.

23. Einen Stein, dessen Beschaffenheit in bezug auf seinen Wert als **B a u s t e i n** man noch nicht kennt, muß man im Sommer brechen und nicht vor dem zweiten Jahre, d. h. erst wenn er allen Witterungen ausgesetzt gewesen ist, in ein Gebäude einmauern. Was sich von demselben durch die atmosphärischen Einflüsse abgelöst hat, läßt sich mit Nutzen für den Unterbau zum Ausfüllen anwenden, während der unerlegte Anteil nun ohne Sorge zu Außenwerken gebraucht werden kann.

24. Der Jenfor²³ Cato²³ verwirft den aus bunten Steinen gebrannten **K a l l**, besser ist der von weißen. Gute Steine liefern zum Baue, lockere Steine zu Ländwerk passender Kalk, zu beiden Zwecken taugt der aus kieseligen Gestein gewonnene nicht. Ferner geben gebrannte Steine besseren Kalk, als solche aus Klüften; noch besser, d. h. fetter ist der aus Mischsteinen gebrannte. Merkwürdig ist, daß ein Körper nach dem Brennen sich noch durch Wasser entzünden (erhitzen) läßt.

²³ Taggetus, Gebirge im Peloponnes (Morea), südliche Halbinsel Griechenlands.
²⁴ Jenfor, römische Einschätzungsbeamte, welche gleichzeitig die Aufsicht über die Sitten und das Bauwesen hatten.
²⁵ Cato, Marcus Percius, römischer Jenfor und späterer Konsul, ein durch Sittentrennung und Charakterfestigkeit ausgezeichnete Römer (191—184 v. Chr. Konsul).

fasstücke, größere Bierungen usw. im Brüche anfertigen zu lassen, nur um nicht den Berliner Lohn zahlen zu müssen. Der Kunststein dagegen muß an Ort und Stelle bearbeitet werden. Trotzdem sind wir nicht so kurzschichtig, um einzusehen zu können, daß ein Rückgang der Natursteinindustrie Arbeitsmangel in den Brüchen zur Folge haben müßte, wodurch wieder bewirkt würde, daß der Bezug nach den Städten noch größer würde als er ohnedies schon ist.

Zusammenfassend sei am Schlusse nochmals konstatiert, daß von der günstigen Konjunktur die hiesigen Steinarbeiter nur geringen Anteil haben, weil eben alles in den Brüchen hergestellt wird. Auch in der Grabsteinbranche führten Glasplatte und Sandstrahlgebläse wie in der Marmorbranche das fortwährende Umfängreichen der Maschine zu demselben mißlichen Resultate. Würde sich also niemand zu der Annahme verleiten lassen, in Berlin goldene Berge zu finden.

Korrespondenzen.

Beucha. Unsere Generalversammlung tagte am 22. Januar im Kasino. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Schlegel. Er führte aus, daß gerade im Jahre 1910 die Klagen gegen die scharfer denn je zum Ausdruck gebracht worden seien. Dies beweisen die großen wirtschaftlichen Kämpfe. So kann es nicht wundernehmen, daß der Ruf nach Ausnahmegesetzen gegen die moderne Arbeiterbewegung sogar bei dem obersten Reichsbeamten wiederhallte. Die Debatten im Reichstage vor Weihnachten mühten auch dem rückständigsten Arbeiter die Augen öffnen, wenn er hört, daß Herr Bethmann-Hollweg erklärte: er werde gezwungen durch die Vorkommnisse in Moabit, die Vorlage eines Ausnahmegesetzes im Auge zu behalten. Das heißt mit andern Worten, die Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung sei seine vornehmste Aufgabe. Diese offene Kriegserklärung wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Sie müßte den Indifferentesten in unsere Reihen führen. Auch unsere Berufsorganisation sei nicht von größeren Kämpfen verschont geblieben im verfloffenen Jahre. Zu erwähnen sei besonders die Sandsteinarbeiterausperrung in Sachsen und Schlesien sowie der bis zum Jahreschluß tobende Kampf der Granitarbeiter im Odenwald. Wir sehen besonders in der Steinindustrie ein gut koordiniertes Unternehmertum, und es werden an Stelle der kleinen Kämpfe, wie sie früher geführt wurden, in Zukunft nur große Gebiete in Frage kommen. Der in Eisenach stattgefundene Verbandstag hat verschiedene Neuerungen geschaffen und ist die Regelung der Hilfsarbeiterfrage als ein für unsere Organisation sehr wichtiger Schritt nach vorwärts zu bezeichnen. Die Tätigkeit innerhalb der Zahlstelle war im Jahre 1910 eine sehr rege. Es fanden statt: 18 Sitzungen, 12 Monats-, 4 Betriebs- und 2 Branchenvorstellungen in Beucha und 6 Agitationstouren und 9 Versammlungen in Amelshain-Altenhain. Die Mitgliederzunahme betrug 180. Wohnbesuch wurde eine bei Preis durchgeführte. Berufungen an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung wurden im Berichtsjahr 6 eingereicht, zwei waren von Erfolg, 1 erfolglos, 3 schweben noch. Der Kassierer Lindner gab einen gut spezialisierten Quartals- und Jahreskassenbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 380. Auf Antrag der Revisoren, welche Bücher und Kasse revidiert und in bester Ordnung befunden haben, wurde der Kassierer entlastet. Bei der vorgenommenen Neuwahl wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt und der Kollege Gustav Otto als Revisor neu gewählt. Der Bezirk Amelshain soll auf Grund seiner Mitgliederzahl zwei Ausschüßpersonen hinzuwählen. Unter Punkt 3 wurde der von der Tarifkommission ausgearbeitete Steinmetztarif zur Kenntnis gebracht und genehmigt.

Demitz-Thumitz. Am 28. Januar fand im Gasthof zu Neuschölln unsere äußerst stark besuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende ersuchte zunächst, das Ableben des Kollegen Wehner durch Erheben von den Wägen zu ehren. Sodann gab Kollege Purtsche den Jahres- und Kassenbericht. Es war daraus zu ersehen, daß unsere Mitgliederzahl in diesem Jahre ganz bedeutend gestiegen ist. Eine weitere Zunahme macht sich auch bereits in diesem Jahre bemerkbar. Im Berichtsjahre fanden sieben Versammlungen und eine Reihe von Sitzungen statt. Aus dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß eine Gesamteinnahme von 13 878.08 Mk. zu verzeichnen war, der eine Gesamtausgabe von 10 598.49 Mk. gegenüberstand. Bleibt ein Kassenbestand von 3274.59 Mk. An Krankenunterstützung wurden 1173 Mk. ausgezahlt. Auf Antrag wurde der Kassierer entlastet. Zwei schon längere Zeit trankene Kollegen wurden 10 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt. Zum zweiten Punkt erstatteten die Kollegen Purtsche und Beyer den Quartalsbericht. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden die Kollegen Beyer als zweiter Vorsitzender, Bauer als Beisitzer, Emil Pesse als Schriftführer, Grahl, Schuster und Fischer als Revisoren gewählt. Unter Geschäftliches wurde beschlossen, in Zukunft monatliche Versammlungen zu veranstalten. Ferner wurde das Verhalten der Kollegen bezüglich des „Einkaufs“ scharf kritisiert. Mit diesem Modus muß endlich einmal ausgeräumt werden. Recht bedauerlich ist es, daß einige Unternehmer diesem Treiben noch Vor-schub leisten. Es wurde hierzu ein dementsprechender Antrag angenommen. Weiter wurde beschlossen, die Sperre über die Firmen Döde u. Forke und Eisold vorläufig aufrecht zu erhalten. Weiter wurden Beschlüsse über die Nichtabhaltung der neuen Schiedsvorchriften gefaßt. Ein Antrag, daß während der Versammlung kein Branntwein getrunken werden darf, wurde angenommen. Noch viele Mißstände müssen hier beseitigt werden.

Deutmannsdorf. Am 26. Januar wurden auch die Steinmehrer der Firma Niggel entlassen, welche sich mit an der Agitation zur Gewinnung der Brecher und Hilfsarbeiter beteiligt hatten. Es wurde Arbeitsmangel angegeben. Allerdings wurden nicht alle entlassen, der Werkführer Schneider versuchte nur die Kollegen los zu werden, welche ihm nicht paßten. Aber die übrigen Kollegen, welche noch Stücke aufbänkten, erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch und verlangten, daß die Arbeit der Reihe nach fertig gemacht werden sollte, was jedoch Herr Schneider ablehnte. Wir glauben nicht, daß der Arbeitsmangel bei der Firma so groß ist, um das Vorgehen des Herrn Schneider zu rechtfertigen. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, den Betrieb in Deutmannsdorf solange zu meiden, bis sich der Herr Werkführer Schneider bereiterklärt, den Tarif innezuhalten und die Organisierung der Brecher und Hilfsarbeiter zuläßt.

Essen. Unsere diesjährige, bei Becker in Mittenstedeit tagende Generalversammlung war gut besucht. Mit wenigen Ausnahmen waren fast alle Kollegen erschienen. In der letzten Zeit war eine große Laune unter den Kollegen eingerissen. Diefershalb fanden vergangene Woche mehrere Platzbesprechungen statt, zwecks Vorbereitung eines guten Besuchs zu dieser Generalversammlung. Man sieht, wenn man den Kollegen etwas ins Gewissen redet, daß sie dann auch erscheinen können. Beim 1. Punkt machte der Vorsitzende auf eine große Gewerkschaftsversammlung aufmerksam, die im städtischen Saalbau stattfinden soll, über die Wandlungen der christlichen Gewerkschaften und ihr verräterisches Verhalten bei der Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Dann folgte der Bericht vom 4. Quartal. Die Revisoren bestätigten, daß die Kasse und Bücher in bester Ordnung sind, darauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Ferner erfolgte der Jahresbericht des Vorstands. Der Vorsitzende brachte einen kurzen Rückblick des verfloffenen Jahres zum Vortrage. Er freute insbesondere unsere Lohnbewegung im vorigen Frühjahr. Die Mitgliederbewegung stellte sich wie folgt. Im Anfang vorigen Jahres hatten wir 50 Mitglieder und am Schlusse des Jahres 1910 75. Hieraus erfolgte die Neuwahl des Vorstands. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Paul Kürst, als Kassierer Göhe, als Schriftführer Gottfried Zander, als Revisoren Wilh. Weber und Jos. Weber, als Kartelldelegierter

Hermann Lamberts. Darauf wurde die Tätigkeit des alten Vorstands von seiten der Kollegen lobend anerkannt.

Gelsenkirchen. Da man sehr wenig von der hiesigen Zahlstelle hört, so könnte es den Anschein erwecken, als hätten wir in Gelsenkirchen und Umgegend die besten Arbeitsverhältnisse; dem ist jedoch nicht so. Die Arbeitslöhne haben mit der Steigerung der Lebensmittelpreise, der immer steigenden Wohnungsmieten, Steuerzinsen usw. keinen Schritt gehalten. Geregelt Arbeitslöhne herrschen hier nicht; werden doch die Kollegen verschieden entlohnt. Die Bundesratsverordnung wird in den Sandstein-, Granit- und Marmorwerkstätten so lieblich eingehalten. Daß in den Kunststeinbetrieben noch so viel Mißstände herrschen, ist der beste Beweis, daß es an der Zeit ist, daß auch diese der Bundesratsverordnung unterstellt werden. In etlichen Betrieben ist der Abort in der Arbeitsbude. Was da im Sommer für eine Luft dem Stampfer oder Steinmehrer um die Nase geht, ist klar. Die Werkzeugfrage läßt auch viel zu wünschen übrig; müssen doch die Steinmehrer der Firma Hagemann, Nüchter u. Co. in Erle, G. m. b. H., das Werkzeug selbst stellen, sie müssen es sogar nach der Schmiebelung tragen und von dort wieder holen. Das ist immer ein Verlust von einer guten halben Stunde. Herr Nüchter stellte es den Kollegen frei, wenn selbige das nicht tun wollten, so könnten sie gehen. Herr Nüchter möge aber nicht vergessen, daß nach dem Winter der Frühling folgt; er wird sich wohl bald den Steinmehrer gegenüber anders benehmen müssen. Kollegen! Sollen solche Zustände noch lange herrschen? Wir sehen, wir sind angewiesen auf die Selbsthilfe, und diese haben wir nur, wenn wir geschlossen unsere Berufsorganisation angehören.

Kof. Die hiesige Zahlstelle hielt am 29. Januar ihre Generalversammlung in Köditz ab. Zum 1. Punkt erstattete der Vorsitzende Summer einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Vorstandschaft im verfloffenen Jahre. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß mit vieler Mühe die Marmorarbeiter wieder zum Verband gebracht wurden. Aber leider ist die Mehrzahl wieder aus dem Verband ausgestiegen. Unter dieser Kategorie von Auskollegen zeigt sich, daß Viebedieners- und Schmarobertum hoch im Kurse steht. Anders steht es dagegen in Köditz. Dort zeigt sich, was Einigkeit unter den Kollegen zustande bringt. Es besteht dort die Organisation ein Vierteljahr, und bis jetzt haben sich 64 Kollegen, zumeist Steinbrucharbeiter, angeschlossen, was zu den besten Hoffnungen berechtigt. Zum 2. Punkt gab der Kassierer Mergner den Kassenbericht. Kasse und Buchführung wurden wie immer in bester Ordnung vorgefunden; dem Kassierer wird Decharge erteilt. Die erforderlichen Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: es wurden wiedergewählt: Kollege Summer als 1. Vorsitzender, Karl Mergner Kassierer und Heinrich Spähling als Schriftführer. Als Revisoren wurden Fleischmann, Nießel und Kramer-Ködditz gewählt. Kollege Summer schließt die Versammlung mit einem Appell an alle Anwesenden, auch in diesem Jahre wieder tüchtig auf dem Posten zu sein, und alle noch Fernstehenden unverzüglich dem Verband zuzuführen.

Kolmar. Am 21. Januar fand im Volkshaus die Generalversammlung statt. Nach Verlesen des Protokolls trug der Kassierer die Abrechnung vor. Auf Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Darauf erstattete der Vorsitzende, Kollege Grein, den Jahresbericht. Er gibt einen kurzen Rückblick über das verfloffene Jahr. Besonders scharf geißelte er das Verhalten der hiesigen Stadtbauverwaltung sowie des Bürgermeisters betr. der Vergebung der Arbeiten zur höheren Töchterschule. Auf wiederholtes Vorstelligwerden bei den betreffenden Verwaltungen wurde der Kommission in der am 16. Dezember v. J. stattgefundenen Verhandlung vom Bürgermeister erklärt, daß er die Sache genau untersuchen werde. Anstatt daß die Mißstände beseitigt wurden, erhielten wir am 8. Januar ein Schreiben, in dem gesagt wird, daß wir, wenn Mißstände bestehen, uns mit dem Bürgermeister schriftlich in Verbindung setzen sollten. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Paul Unger und als Kassierer Kollege Otto Gaus wiedergewählt.

Mittelsteine. Am 22. Januar fand unsere sehr schlecht besuchte Generalversammlung statt. Bedauerlich ist, daß die hiesigen deutschen Kollegen es nicht für notwendig erachten, die Generalversammlung zu besuchen, auch sonst sehr wenig Interesse in bezug auf Organisation zeigen. Zum 1. Punkt wurde die Abrechnung vom 4. Quartal 1910 vorgelesen, darauf die Jahresabrechnung. Die Einnahme betrug 1646.90 Mark; an den Hauptkassierer wurden 1162.41 Mark gefandt. Die Ausgabe der Zahlstelle betrug 246.04 Mark; es verbleibt für 1911 ein Kassenbestand von 238.45 Mark. Im 2. Punkt wurde der alte Vorstand wiedergewählt, nur an Stelle des erkrankten Vorsitzenden wurde Kollege Konrad Reichert als Stellvertreter gewählt. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden Tarifangelegenheiten besprochen und eine dementsprechende Kommission gewählt.

Literarisches.

Von dem auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und der Tuberkuloseforschung rühmlichst bekannten Berliner Arzt Prof. Dr. Sommerfeld, ist im Verlage von Alexander Schilde u. Cie., Berlin NW. 6 und Stuttgart, eine 64 Seiten starke Broschüre: „Die Schwinducht der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung“ erschienen.

Im ersten Abschnitt bespricht der Verfasser die Ursachen, das Wesen und die Bedeutung der Tuberkulose sowie den Einfluß der verschiedenen Gefahren der Berufstätigkeit, und der mannigfachen krankhaften Zustände des Körpers auf die Entwicklung der Seuche, wobei der „gewerbliche Staub“ und die „Staub-lung“ mit besonderer Sorgfalt besprochen werden. Eigene Statistiken des Verfassers und wichtige Veröffentlichungen anderer Schriftsteller zeigen in dem zweiten Abschnitt die Verbreitung der Tuberkulose in den verschiedenen Berufsarten.

Der dritte Teil umfaßt die Maßnahmen, die zur Verhütung der Ansteckung und zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit des Körpers erforderlich sind und schildert die Krankheitserscheinungen, hinter denen sich die Tuberkulose nicht selten verbirgt. Bemerkungen über Lungenheilstätten, Walberlohungsstätten und Fürsorgestellen bilden den Abschluß der Broschüre.

Die Arbeit Sommerfelds ist nicht eine einfache Vermehrung der schon umfangreichen, vollständigen Tuberkuloseliteratur, sondern bringt wertvolle neue Gesichtspunkte, die gerade er auf Grund jahrzehntelanger Studien besonders beherrscht. Die Sprache ist einfach und klar die Darstellung. Der Verfasser stützt sich bei seinen Darlegungen mehr wie einmal auf die ungeheure Schädlichkeit des Steinarbeiterberufes, und in seinen Statistiken stehen speziell die Steinmehrer oben an.

Um eine weite Verbreitung der lehrreichen Schrift zu ermöglichen, ist von der gut ausgestatteten Broschüre, die im Buchhandel 1 Mk. kostet, eine Volksausgabe zum Preise von 20 Pfg. (bei einem Bezuge von mindestens 20 Exemplaren) hergestellt. Die Anschaffung ist jedem, der sich für die Bekämpfung der Tuberkulose interessiert und der sich selber schützen will, vor allem den Ärzten, Verwaltungsbeamten, Sozialhygienikern und der werktätigen Bevölkerung aufs wärmste zu empfehlen.

Im Verlag von J. G. D. Dieß Nachf. in Stuttgart ist neben erschienen: „Die Batterien“. Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen. Von Dr. Adolf Reib. Zehntes Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit Abbildungen. Preis broschiert 75 Pfg., gebunden 1 Mk. (Vereinsausgabe 50 Pfg.) Ferner ist erschienen: „Der industrielle Großbetrieb“. Eine Einführung in die Organisation moderner Fabrikbetriebe. Von Richard Wolf. Erstes Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit Abbildungen. Preis broschiert 75 Pfg., gebunden 1 Mk. (Vereinsausgabe 50 Pfg.)